

MASSEN- TIERHALTUNG



DER WIDERSTAND
IN DER REGION
WÄCHST
Seite 3

WIE GEHT ERZIEHUNG 2020?



DIE VIelfÄLTIGEN
ANFORDERUNGEN AN
KINDERBETREUUNG
Seite 8

DIE ZUKUNFT DER JOBCENTER



ZWISCHEN
JOBANGST UND
OPTIONSMODELL
Seite 9

AUSSERDEM:

- LANDSCHAFTSSCHUTZ S. 4
- REGIONSFINANZEN S. 12
- ROCK UND POLITIK S. 14

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • SEPTEMBER 2010

Wenn wir als Nicht-Bauern, als VerbraucherInnen an die Bauern denken, was interessiert uns an ihnen? In Wirklichkeit herzlich wenig, wenn wir ehrlich sind. Wir sind froh, mit der Arbeit in der Landwirtschaft nichts mehr zu tun zu haben – Kühe melken, Geflügel aufziehen, Unkraut hacken, Staub bei der Ernte schlucken – gut, dass das nicht unsere Arbeiten sind. Was interessieren uns als KonsumentInnen die Lebensmittel, die irgendwo und irgendwie erzeugt werden mussten? Sie müssen verfügbar sein, sie sollen billig sein, sie sollen verträglich und gesund sein, sie sollen uns schmecken, ja nach Möglichkeit auch schon aufbereitet sein. Irgendwie hoffen wir im Stillen, dass die Milch, das Fleisch, die Eier, das Mehl, das Gemüse so erzeugt wurden, dass wir diese Lebensmittel mit ruhigem Gewissen zu uns nehmen können. Wenn wir einen Spaziergang unternehmen, freuen wir uns an einer abwechslungsreichen Landschaft und an reiner Luft – eine triste Maislandschaft und Güllegeruch erfüllen uns mit Unwohlsein. Große Mastställe in Landschaftsschutzgebieten fallen uns störend auf. Insbesondere, wenn wir uns vorstellen müssen, dass in ihnen Tiere in qualvoller Intensivmast aufgezogen werden.

Welche Entwicklung zeichnet sich jedoch ab? – Es ist ein politisches Ziel, Lebensmittel so billig wie möglich anzubieten. Diese Entwicklung wird seit ca. 40 Jahren konsequent verfolgt. Die Landwirtschaft wurde in Zeiten der Überflusssproduktion mit Hinweis auf die Weltmarktpreise unter Rationalisierungsdruck gesetzt. Der Agrarhandel und die Agrarverwaltung arbeiten an diesem Ziel. Die Zahl der Bauernhöfe verringert sich seit Jahrzehnten

BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT VOR DEM AUS?

Hans-Jürgen Pein führte als Agraringenieur jahrelang einen Bio-land-Gemüsebau-Betrieb. Im Vorstand des Grünen Ortsverbands Ronnenberg engagiert sich Hans-Jürgen mit seinem Sachverstand im Widerstand gegen Agrarfabriken in der Region Hannover.



GRASEN HIER PRODUKTE ODER LEBEWESEN?

FOTO: CC-BY-NC FIRSTMICHAEL VIA FLICKR.COM

stetig. Die Agrartechnik macht es möglich, dass immer weniger Menschen auf immer größer werdenden Höfen beschäftigt werden. Die Agrarchemie und -forschung sorgte dafür, dass immer mehr Ertrag pro Fläche, immer mehr Fleisch oder Milch je Tier erzeugt werden kann.

Ist dieser Prozess unbedingt weiter unbegrenzt zu begrüßen? Wenn dieser Prozess in der Entstehung von agrarindustriellen Zuständen gipfelt, was geben wir als VerbraucherInnen dann auf, welche Nachteile erleben wir hierdurch und was können wir alle möglicherweise dagegen tun?

Zunächst aber die Frage: Was ist industrielle Landwirtschaft? – Kennzeichnend für eine industrielle Landwirtschaft sind schon die Begriffe Tierproduktion statt Tierhaltung und Pflanzenproduktion statt Pflanzenanbau. Beispielhaft ist der Vorgang, der sich in der Gegend um Wietze bei Celle abspielt. Ein Investor (Rotkötter) baut einen Mega-geflügelschlachthof auf, der bei voller Auslastung 135.000.000 Hähnchen pro Jahr schlachten wird. Dafür benötigter Zulieferer, das sind 420 Bauern, die jeweils in Intensivmastställen 7,4 mal

FORTSETZUNG: SEITE 2

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Die Entscheidung der Bundesregierung, die Laufzeit der Atomkraftwerke um bis zu 14 Jahre zu verlängern, hat unsere schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Die Bundesregierung hat damit dem Druck der Energiekonzerne mit ihrem dreisten Erpressungsversuch nachgegeben ohne eine Antwort auf die ungelöste Frage einer sicheren Endlagerung des strahlenden Mülls zu geben.

Für einige AKWs würde das bis zu 40 bis 60 weitere Jahre Laufzeit bedeuten. Von Atomkraft als Brückentechnologie kann hier nicht die Rede sein, denn Studien zu Folge könnte das Ziel „100% Erneuerbare“ bereits 2050 erreicht werden. Ein schlüssiges Energiekonzept hat die Bundesregierung somit eindeutig nicht vorzuweisen.

Mit dieser Politik handelt die schwarz-gelbe Koalition im Bund im krassen Widerspruch zu der politischen Überzeugung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Während sich diese Grünen Seiten im Druck befinden, zeigen wir dies mit einer beeindruckenden Zahl von TeilnehmerInnen an der bundesweiten Demonstration in Berlin am 18.09. unter dem Motto „Atomkraft: Schluss jetzt“.

Regions- und Stadtverband Hannover haben gemeinsam fünf Busse organisiert, mit denen wir über 300 Personen zur Demo bringen, um gegen die unverantwortliche Atompolitik zu protestieren!

**BRIGITTE DEYDA &
CHRISTIAN GAILUS
REGIONSVORSITZENDE**

FORTSETZUNG VON SEITE 1

im Jahr bis zu 40.000 Hähnchen "produzieren".

Diese Maßnahme wird von der EU, vom Land und der Kommune mit millionenschweren Subventionen direkt und indirekt gefördert. Die Landwirte, die sich auf diese Geflügelfleischproduktion einlassen, befinden sich in Abhängigkeit vom Schlachthof. Eine höchst fragwürdige Aktion da der Bedarf an Hähnchen in Deutschland bereits jetzt zu 100 % gedeckt ist.

In der Getreide- und Gemüseproduktion zwingt der Preisdruck die Bauern, sich größere Flächen zuzulegen, um über die Fläche noch einen ausreichenden Gewinn zu erzielen. Die Flächen von aufgebenden Bauern werden von den überlebenden Bauern zugepachtet. Es entstehen auf diese Weise immer größere Betriebe, die keine Tierhaltung mehr betreiben und dies den Bauern überlassen müssen, die dann Massentierhaltung betreiben.

Was hat dies für uns VerbraucherInnen zu bedeuten?

Es entstehen in unserer Landschaft immer mehr Tierfabriken, die auf Grund bestehender Gesetze durch die Kommunen und somit durch uns BürgerInnen nicht zu verhindern sind. Die Tiere werden nicht tiergerecht sondern in qualvoller Enge – automatisch versorgt – gehalten. Erhebliche Emissionen durch Feinstaub, Ammoniak, Keime und Gülle entstehen. Bei Anzeichen von Erkrankungen einzelner Tiere werden für alle Tiere automatisch Antibiotika in die Nahrungskette eingemischt. Der Massenschlachtungsprozess setzt Stresshormone frei. Das Fleisch dieser Tiere kommt dann auf unseren Mittagstisch.

Die Überproduktion trägt dazu bei, dass das Fleisch immer billiger wird. Diesem Preisdruck kann die herkömmliche bäuerliche Tierhaltung nicht standhalten. Der Handel jedoch kann die nun verbilligte Ware international anbieten und stört die Entwicklung einer eigenständigen und nachhaltigen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern oder es werden ganze Wirtschaftskreisläufe zerstört. Zusätzliche Verarmung ist die Folge.

Die Getreidebetriebe sind gezwungen, sich teure Technik zuzulegen, um die Flächen per-

sonal sparend bewirtschaften zu können. Sie setzen auf den zunehmend humusarmen Böden Kunstdünger ein und halten ihre Böden durch verstärkten Einsatz von Pestiziden wildkrautfrei. Das hat zur Folge, dass die hohen Erträge den Preis drücken – damit wird auch das Getreide für den internationalen Handel interessant. Die verheerenden Auswirkungen auf die Grundwasserqualität erklären sich hierdurch von selbst! Wir VerbraucherInnen gehen in Zukunft durch eintönige Landschaften (in Tierfabrikbereichen Maisfelder, in der Nähe von Biogasanlagen Mais- und Rapsfelder, in Getreideanbaubereichen Riesenfelder einer Fruchtsorte). Die Schönheit und anschauliche Vielfalt unseres Lebensraumes geht verloren. Gülle macht das Atmen schwer. Wir essen pestizidbelastete Feldfrüchte. Von einer Einschränkung durch landwirtschaftlich verursachte Emissionen in die Atmosphäre ist gar nicht erst zu reden. Die Wasserverunreinigungen durch Nitrate werden zunehmen. Die Umweltbelastungen durch die Landwirtschaft werden mit 13 % beziffert – ebenso hoch, wie durch die Autoabgase – davon zu 70 % durch die Tierhaltung. Artgerechte Tierhaltung können wir unseren Kindern nur noch im Zoo in nachgebauten Bauernhöfen zeigen.

Unsere Bauern, die m. E. überwiegend die sogenannten konservativen Parteien gewählt haben, war wohl nicht bewusst, dass diese Parteien »industriekonservative« Vorstellungen haben und mit bäuerlicher Landwirtschaft nichts anfangen können.

Die Regierungen werden von Lobbyisten beraten, die überwiegend aus dem Agrarhandel und der Lebensmittelindustrie stammen – auch die Agrarverwaltung setzt dieser oben genannten Entwicklung keinen nennenswerten Widerstand entgegen. Die Grünen haben sich offiziell für die Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft und den Einfluss der BürgerInnen auf die Agrarpolitik eingesetzt und werden das weiterhin tun. Das wird für viele BürgerInnen ein Beweggrund für ihre zukünftige Wahlentscheidung sein.

HANS-JÜRGEN PEIN
hansj.pein@gmx.net



FÜR EINE REGION OHNE GENTECHNIK

Wir beteiligen uns an der Bantammais-Pflanzaktion



WIE REIN IST DEIN MAISFELD?

FOTO: CC-BY-NC GRANT MACDONALD

Unsere Grünen im Landtag haben es aufgedeckt: Gentechnisch veränderter Mais ist in diesem Jahr trotz des bundesweiten Verbots in Niedersachsen ausgesät worden. Ein Saatguthersteller aus Buxtehude hat Maisaatgut an Landwirte verkauft, das mit Spuren von Genmais verunreinigt war. Auch Landwirte aus der Region Hannover sind als Kunden dieses Lieferanten geschädigt worden und haben auf Anordnung des Landwirtschaftsministeriums den Mais auf ihren Feldern unterflügen müssen. Wie unser grüner Landtagsabgeordneter Christian Meyer, zuständig für Landwirtschaft, berichtet hat, ist der illegale Mais auch auf Feldern in Ilten (Sehnde) und in Ahlten (Lehrte) ausgesät worden. Es bleibt zu hoffen, dass nach dem Unterflügen des Mais dort nicht noch einzelne Genmaissamen im Boden verblieben sind, aus denen sich im nächsten Jahr Maispflanzen entwickeln könnten.

In Deutschland ist in diesem Jahr der Anbau des Genmais zwar verboten. Allerdings gibt es Bestrebungen von Seiten der EU-Kommission, eine Aufhebung des Verbots durch die Bundesregierung für das Jahr 2011 zu bewirken. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns entschlossen für die Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft einsetzen.

Seit dem Sommer unterstützt der Regionsverband die Aktion verschiedener Initiativen und Verbände zur Anpflanzung von gentechnikfreiem Bantammais. Diese Maissorte ist samenfest, das heißt von den Maispflanzen kann direkt Saatgut für die Aussaat im nächsten Jahr gewonnen werden. Zum Schutz vor Vermischung mit gentechnisch verändertem Saatgut darf in der Nachbarschaft der

Bantammaisanpflanzungen kein Genmais angebaut werden.

Wir haben unsere Veranstaltungsreihe „Besondere Orte - Besondere Besuche“ (Seite 7) genutzt, um die Bantammais-Aktion bekannt zu machen. Seit unserem Besuch bei Hans-Jürgen Pein in Ronnenberg, der sein Kirchköthnerhaus vorgestellt hat, ist für die Region Hannover dort ein Standort von Bantammais hinzugekommen. Weitere Pflanzungen haben Grüne in der Stadt Hannover, in der Wedemark und in Sehnde initiiert.

Die Besucherinnen und Besucher des Kirchköthnerhauses in Ronnenberg waren für eine Beteiligung an der Aktion sofort gewonnen und möchten im nächsten Jahr selbst Bantammais aussäen. Unsere Grünen in Ronnenberg haben ihnen spontan zugesichert, dass sie bei der Beschaffung von Saatgut behilflich sein werden.

Der Regionsvorstand möchte die Bantammais-Aktion auch im nächsten Jahr unterstützen durch Information und durch Verteilung von Saatgut und Pflanzen. Gemeinsam mit den Ortsverbänden wollen wir Bantammais in der Region flächendeckend verbreiten und damit einen Beitrag für eine Genmais freie Region Hannover leisten. Mit eurer Unterstützung wird sich sicher in vielen Gärten und auf landwirtschaftlich genutzten Flächen ein Platz für Bantammais finden und nebenbei wird damit das Ernten von aromatischem Zuckermais möglich.

Weitere Informationen zu der Aktion findet ihr unter www.bantam-mais.de.

BRIGITTE DEYDA

deyda@gruene-hannover.de



Bilder von Puten, Hühnern und Schweinen: Tiere aus der Nahrungsmittelproduktion, die sich gegenseitig blutig picken und in halbdunklen Ställen dicht an dicht gedrängt in einer Qualzucht bis zum Schlachttermin ein erbärmliches Leben fristen. Erschütternde Filmaufnahmen schockierten die zahlreichen BesucherInnen zur Einführung in eine Informationsveranstaltung gegen Massentierhaltung im Bürgersaal des Rathauses in Wennigsen. Nach diesem Film dürfte die Quote der VegetarierInnen vermutlich gestiegen sein.

Der Lebensmitteltechnologe Prof. Burkhard Ahlert (Mitglied von Slowfood) informierte in seinem Vortrag über die ökologische Herstellung von Lebensmitteln, gesunde Ernährung und artgerechte Haltung von Nutztieren, philosophierte mit dem Publikum über ethische Fragen, zeigte wertvolle Richtlinien auf und diskutierte: Wie gehen wir als VerbraucherInnen - oftmals ohne es zu wissen oder wissen zu wollen - mit der Tierhaltung und Nahrungsmittelproduktion um? Welche Möglichkeiten haben wir vor Ort, um Agrarfabriken zu verhindern und wie kann das „Staatsziel Tierschutz“ mit Leben erfüllt werden?

Wer überwacht eigentlich in welchen Zeitabständen existierende Mastställe in der Kommune und mit welchen Ergebnissen? Wo kann ich in der Region artgerecht erzeugte Fleischprodukte erwerben? Fragen, die zeigen: Die Aufklärung der VerbraucherInnen ist notwendig!

Eingeladen hatte die Wennigser „Initiative gegen Massentierhaltung“, die sich Anfang des Jahres aufgrund der aktuellen Diskussion um die Errichtung eines industriellen Schweinemastbetriebes für ca. 1.990 Schweine im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet in Wennigsen gebildet hat. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, in einer Reihe von Veranstaltungen sachliche Informationen zu einer ökologischen Herstellung von Lebensmitteln, gesunder Ernährung und artgerechter Haltung von Nutztieren zu vermitteln.

Die auf Initiative der Grünen Wennigsen gegründete parteiübergreifende Initiative mit dem Naturschutzbund als Sprachrohr erfährt großen Zuspruch. Die Aufklärung von VerbraucherInnen

MEHR WIDERSTAND GEGEN AGRARFABRIKEN

**Grüne in der Region Hannover machen mobil!
Wennigser Initiative gegen Massentierhaltung**



KUNDGEBUNG GEGEN MASSENTIERHALTUNG IN WENNIGSEN.

in einem parteiübergreifenden Bündnis ist meines Erachtens der einzig richtige Weg, um den politischen Widerstand vor Ort zu bündeln und effektiv zu gestalten. So konnten im Ausschuss für Umwelt- und Naherholung der Region Hannover 1.200 Unterschriften gegen die Genehmigung des Maststalles übergeben werden. Die Demonstration „Klasse statt Masse!“ im Juni hatte großen Zulauf und erreichte mit einem Redebeitrag von Christian Meyer, MdL, auch überregionale Beachtung. Zurzeit laufen die Vorbereitungen für eine Lesung und Diskussion mit Tanja Busse zu ihrem Buch „Die Ernährungs-diktatur“. Geplant ist weiterhin, die örtliche Gastronomie mit dem „Slowfood -Gedanken“ ins Boot zu holen.

Die bisherigen Veranstaltungen sind sehr gut besucht und zeigen, dass wir mit unserem Widerstand den „Nerv der VerbraucherInnen“ getroffen haben. Dazu beigetragen hat besonders die aktuelle Diskussion um das Thema Massentierhaltung im medienpolitischen Bereich. Die aktuelle Affäre um Tierquälerei-

Vorwürfe gegen die Agrarministerin Grottelüschen, die von der Tierrechtsorganisation PETA aufgedeckt wurde, zeigt, dass die selbsternannte „Puten-Queen“ als Lobbyistin der Massentierhaltung nicht unbefangen das Amt der obersten Tierschützerin Niedersachsens ausüben kann.

Wie ein unaufhaltsamer Flächenbrand entstehen auch viele neue Mega-Mastställe in der gesamten Region Hannover, als schädliche Folge einer Millionensubventionierung für Billigfleisch durch die schwarz-gelbe Landesregierung und der Europäischen Union. Während sich CDU und FDP öffentlich sehr bedeckt halten, formiert sich der Widerstand durch unsere Grünen Ortsverbände unter anderem in Lehrte, Pattensen, Seelze, Springe, Gehrden und Barsinghausen.

KOMMUNEN SIND JURISTISCH DIE HÄNDE GEBUNDEN

Die Kommunen haben kaum Aussicht, sich juristisch gegen die Ansiedlung der Tierfabriken zu wehren, selbst in einem Landschaftsschutzgebiet. Der Region Hannover als Genehmi-

gungsbehörde sind auf Grund von Landes- und Bundesgesetzgebung die Hände gebunden. Trotz engagierter Unterstützung der Grünen Regionsfraktion (siehe Seite 4), trotz Ratsresolutionen an die Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbände wird die Genehmigung für den Maststall im Landschaftsschutzgebiet Wennigsen erteilt werden müssen. Bedingt wird diese Entwicklung insbesondere durch die Privilegierung landwirtschaftlicher Anlagen im Außenbereich. Die Kehrseite dieser Entwicklung liegt dabei unter anderem in der eingeschränkten Planungshoheit der Gemeinden und der sinkenden Lebensqualität der Nachbarn in Gebieten intensiver Tierproduktion.

Ungewöhnliche Wege geht die Stadt Bad Münder. Hier ist es gelungen, mit einer Veränderungssperre und der Absicht einen Bebauungsplan zu erstellen, den Bau einer Schweinemastanlage zu verhindern - allerdings mit rechtlich noch nicht geklärtem Ausgang. Da die Möglichkeiten der Verhinderung in den Kommunen nahezu ausgeschöpft sind, ist es an der Zeit, die Landes-, Bundes- und Europaebene weiter zu aktivieren.

GRÜNE FORDERUNGEN SIND SO AKTUELL WIE NIE!

Wir setzen uns für eine grüne Agrarpolitik ein, die eine nachhaltige, umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft wieder stärker fördert und so Landwirten Einkommensalternativen zur agroindustriellen Tierhaltung ermöglicht.

Zwar bleiben unsere Forderungen noch ungehört, aber sie werden stetig lauter - denn die VerbraucherInnen sind auf unserer Seite und die Kommunalwahlen stehen vor der Tür!

Und wie geht es in Wennigsen weiter? Im Oktober organisieren wir den Widerstand gegen eine Bruteieranlage für ca. 26.000 Hühner in Degersen/Gehrden. Im nächsten Rat steht unsere Grüne Resolution zur Verabschiedung auf der Tagesordnung, dann müssen sich die FDP und CDU öffentlich positionieren. Wir sind gespannt.

**ANGELIKA
SCHWARZER-RIEMER**
a.schwarzer-riemer
@t-online.de



Bündnis 90 / Die Grünen wird die höchste Kompetenz in ökologischen Fragen zugeschrieben: Im Klimaschutz, für den Ausbau regenerativer Energien, im Umwelt- und im Naturschutz sind wir der politische Treibsatz, bringen Innovationen voran. So auch auf der Regionsebene.

Für den Naturschutz ist die Ausweisung von Naturdenkmälern, Naturschutzgebieten, geschützten Landschaftsbestandteilen und Landschaftsschutzgebieten (LSG) ein wichtiges Instrument. Hierfür ist die Region Hannover zuständig. Landschaftsschutz ist die schwächste Kategorie im Naturschutzrecht, doch haben die Landschaftsschutzgebiete gerade flächenmäßig eine große Bedeutung. Sie sollen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes erhalten, für ein vielfältiges Landschaftsbild sorgen und dem Menschen Erholungsmöglichkeiten bieten. Je nach Charakter und Schutzzweck eines landschaftsgeschützten Gebietes ergeben sich Entwicklungsziele, Verbote und Handlungen, die eine Erlaubnis der Region erfordern. Das alles ist in einer Verordnung speziell für jedes Landschaftsschutzgebiet festgelegt. Dort entscheidet sich, ob Grünland ohne weiteres in einen Maisacker umgewandelt werden kann. Auch die wie Pilze in der Landschaft wachsenden Mastställe lassen sich durch eine gute Verordnung aus einem Landschaftsschutzgebiet heraushalten. Neue und veränderte LSG-Verordnungen sorgen im Umweltausschuss regelmäßig für Diskussionsstoff. Häufigste Themen sind die Gebietsabgrenzungen (Baugebietsvorschauflä-

VIELFALT STATT MAIS UND MAST

Der umweltpolitische Sprecher der Grünen Regionsfraktion, Ulrich Schmersow, über den Landschaftsschutz in der Region



LANDSCHAFTSSCHUTZ SICHERT NATURSCHUTZ UND ERHOLUNG.

chen) oder angebliche Beschneidungen der Landwirtschaft. Dabei sind die Fronten immer klar: FDP und CDU geht der Schutz oft zu weit, die Linke hält sich zurück und wir wollen konsequenteren Schutz und mehr Fläche sichern. Im Rot-Grünen Koalitionspapier ist festgelegt, dass Schutzgebiete einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der Umwelt leisten. Um diesen Punkt mit Leben zu füllen, haben wir nach langen Verhandlungen mit unserem Gruppenpartner SPD die „Grundsätze des Landschaftsschutzes“ im Mai 2008 durch die Regionsversammlung beschließen lassen.

Wichtigste Kernpunkte sind:

- Ökonomie geht nicht vor Ökologie. Landschaftsschutzgebiete

sind keine Reserveflächen für Bauland und Gewerbe.

- Sollten Teillösungen von Landschaftsschutzgebieten nicht zu verhindern sein, sind diese nur durch Unterschützstellung anderer schutzwürdiger Flächen zu kompensieren.

- Ungenehmigte Nutzungen in Landschaftsschutzgebieten werden nicht aus dem Schutz entlassen, um Versäumnisse der Vergangenheit (Vollzugsdefizite) zu „lösen“.

Langsam scheint das Grundsatzpapier auch im Verwaltungshandeln zu wirken. Löschungen von Schutzgebietsteilen, nur um ein Projekt umzusetzen, gehen ohne Flächenausgleich in der direkten Nähe politisch nicht mehr durch.

Mit den Ergebnissen des in Arbeit befindlichen Landschaftsrahmenplanes liegen endlich auch hervorragende aktuelle Fachgrundlagen für die Neuausweisung von Landschaftsschutzgebieten vor. Das ist auch höchste Zeit, denn viele Schutzgebiete sind teilweise ungültig, weil sie auf Grundlage des längst abgeschafften Reichsnaturschutzgesetzes geschaffen wurden. Sie müssen dringend überarbeitet werden. Auch die Flächen, die Teil des europäischen ökologischen Naturwerkes „Natura 2000“ sind (FFH-Gebiete), bedürfen dringend eines Schutzes. Bei der Umsetzung dieses europäischen Rechtes liegen Niedersachsen und die Region weit hinten.

Zukünftig wollen wir Grünen in der Region Hannover deutlich mehr Tempo bei der Neuausweisung und Überarbeitung von Schutzgebieten. Da der Landschaftsrahmenplan fast fertig ist, gibt es keine Ausreden mehr für das bisherige Schnecken-tempo. Wir wollen auch schärfere Verordnungen, damit Mastställe wie im Wennigser Landschaftsschutzgebiet (siehe Seite 3) kaum noch möglich werden. Wenn von den Grünen Ortsverbänden Initiativen für mehr Landschaftsschutz vor Ort kommen, fühlen wir uns unterstützt. Nur mit konsequentem politischem und behördlichem Handeln können wir Gewinne für Natur und Landschaft und für die Menschen in der Region erreichen. Es reicht nicht, wenn ein guter Schutz nur auf dem Papier steht.

ULRICH SCHMERSOW

ulrich.schmersow@t-online.de



LAUFZEITVERLÄNGERUNG by henric



„DAS SCHÖNE AN DER LAUFZEITVERLÄNGERUNG IST...“



„... DASS MAN SICH JETZT HÄUFIGER TRIFFT...“

Im August 2010 haben sich zum zweiten Mal etwa 100 Grüne aus Niedersachsen zur Zukunfts- und Ideenwerkstatt „Campo Verde“ in Potshausen versammelt. Dies ist ein Bericht aus einem der drei Arbeitsforen – des Forums „Wirtschaft“. Im Rahmen eines relativ breiten Grundkonsenses über die Bedingungen künftigen Wirtschaftens wurde versucht, diese mit den Klimaschutzzielen zu vereinbaren.

Wir mussten selbstkritisch feststellen, dass nach mehr als 10 Jahren internationaler und nationaler Klimaschutzbemühungen keine wirklich erfolgversprechenden Tendenzen zur CO₂-Minderung erkennbar sind. Das weltweite Konsensziel, maximal 2 Grad Temperaturerhöhung bis 2050 zuzulassen, erscheint mit den bisher eingeleiteten Maßnahmen nicht erreichbar.

Neben rasant steigenden CO₂-Emissionen in Schwellenländern wie China treten aber auch die vorgeblich um vorbildliches Verhalten bemühten Industriestaaten wie Deutschland auf der Stelle. Die sichtbaren Effizienzgewinne einzelner Produkte und Verfahren werden durch ein Mehr an Geräten oder Nutzungen und dem weiterhin wachsenden Flächenverbrauch für Wohnen und Gewerbe konterkariert (rebound Effekte). Zusätzlich verlagern die alten Industriestaaten durch die internationale Arbeitsteilung emissionsintensive Arbeitsschritte der Produktion in Länder mit geringeren Umweltstandards und Lohnkosten, um anschließend die dazugehörigen Produkte – ohne Anrechnung der CO₂-Emissionen im eigenen Land – wieder zu importieren.

KLIMASCHUTZ MIT WACHSTUM

Gut leben ohne mehr zu haben? – Enno Hagenah, wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, berichtet von der niedersächsischen Ideenwerkstatt Campo Verde im ostfriesischen Potshausen.



GRÜNE IDEENWERKSTATT IM GRÜNEN: CAMPO VERDE.

Daraus folgt, dass wir individuell und als Gesellschaft weit effizienter und konsequenter bei der CO₂-Minderung lokal und global vorgehen müssen, wenn wir nicht unverantwortliche Klimafolgen mit verursachen wollen.

Zur Einhaltung des 2-Grad-Zieles müssen wir die CO₂-Emissionen von derzeit 10,4 Tonnen pro Einwohner und Jahr in Deutschland auf einen Zielwert von 2,7 Tonnen CO₂ pro EinwohnerIn und Jahr weltweit spätestens bis 2050 reduzieren. Ein Blick auf die großen Blöcke der CO₂-Emission pro Person in Deutschland mit 34 % Wohnen, 14 % Mobilität, 15 %

Ernährung und 37 % sonstigem Konsum macht deutlich, dass allein mit Ökostrom, Wärmedämmung und regenerativer Elektromobilität (Green New Deal) das Klimaschutzziel nicht erreicht werden kann. Wir müssen den technischen Umstieg beschleunigen und zusätzlich unseren Lebensstil radikal ändern.

Die unter dem Oberbegriff „Green New Deal“ von uns erarbeiteten Maßnahmen zur Schaffung neuer Jobs in der Effizienzwirtschaft und der regenerativen Energieerzeugung könnten durch eine CO₂-Steuer noch schneller und umfassender

voran gebracht werden. Ökologisch ausgerichtete Produkte und Dienstleistungen würden dadurch noch attraktiver im Wettbewerb. Deren Entwicklungsgeschwindigkeit und Verbreitung bei uns erhöht sich und die Exportfähigkeit der Effizienzwirtschaft wird gestärkt. Alte, energie- und CO₂-intensive Produkte und Dienstleistungen (z.B. Fleischkonsum, fossil basierter Transport und Verkehr, Flächenverbrauch und Wegwerfprodukte) werden dadurch schneller vom Markt verdrängt, weil die zusätzliche Belastung sie unattraktiv macht.

Ein ökologisches Umsteuern der deutschen Wirtschaft bedeutet aber auch, dass wir uns stärker auf regionale Wirtschaftskreisläufe konzentrieren. Es widerspricht jeder wirtschaftlichen und ökologischen Vernunft, dass im „Agrarland Niedersachsen“ zu vergleichbaren Preisen Butter aus Bayern, Irland, Holland oder eben aus heimischer Produktion angeboten wird. Durch die CO₂-Steuer wird sich der unterschiedliche Transportweg stärker im Preis niederschlagen. Sie fördert damit selektives Wachstum in klimaverträglichen Wirtschaftsbereichen und erzeugt Schrumpfung in stark klimaschädlichen Wirtschaftsbe-
reichen.

An weiteren Lösungsansätzen für diese Herausforderungen wird nach Campo Verde in den grünen LAGen und in der Landtagsfraktion intensiv gearbeitet. Über Anregungen und weiterführende Hinweise freut sich der Autor.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@
lt.niedersachsen.de



„... ALS NUR EIN- ODER ZWEIMAL IM JAHR...“



„... BEI EINER BDK!“

Neulich im Club „Petra K“ stand am Ende einer Veranstaltung mit meiner Abgeordneten-Kollegin Marieluise Beck die Frage, ob Petra Kelly wohl heute noch Mitglied bei uns sein würde. Die Antwort blieb offen – kein Wunder. Hatten wir doch gerade durch Filmaufnahmen und Marieluises überaus lebendige Gründerzeit-Erzählungen die ganze Kraft, den Enthusiasmus und die Radikalität des Kellyschen Politikentwurfs erlebt. „Die Grünen sind die einzige Partei im Widerstand gegen eine Zukunft des Todes“ schrieb sie 1980 angesichts von Waldsterben, Atomanlagen und beschleunigter Aufrüstung durch Raketenstationierung.

Dem Kampf gegen diese Bedrohungen und dem Kampf für die Rechte von Minderheiten jeder Art galt Petras totales Engagement.

Kompromisse waren nicht ihr Ding – für sie galten die Ideale; denen durfte niemand untreu werden. Die Verantwortung des Einzelnen wurde von ihr gut beschrieben: „Beginne dort, wo du bist, warte nicht auf bessere Umstände. Sie kommen automatisch in dem Moment, wo du beginnst!“

Das war Konsens. Aber schon damals wünschten sich viele ihrer MitstreiterInnen auch Antworten auf die Frage, wie aus dem Handeln der Einzelnen auch die Macht neuer Mehrheiten erwachsen könnte.

Petras Vision war anders. „Mein Wunsch wäre, dass die Grünen sich vier oder fünf Themen oder Ziele setzen, die sie mit aller Kompromisslosigkeit verfolgen, auch

GIBT ES NOCH EINE GRÜNE KELLY-FAMILY?

Die Anfänge der Grünen zwischen Idealismus und Ideologie. - Ein Bericht zur Veranstaltung von Brigitte Pothmer und Marieluise Beck am 23. August im Grünen Zentrum



MARIELUISE BECK UND BRIGITTE POTHMER VOR DEM PORTRÄT PETRA KELLYS.

wenn sie dann nicht über sieben oder acht Prozent hinauskommen“, sagte sie in einem Interview 1990, kurz nachdem unsere Partei aus dem Bundestag geflogen war. Für ihren Geschmack praktizierten die Grünen zu viele Zugeständ-

nisse und zu viel Annäherung an die SPD.

Danach müssten unsere heutigen Umfrageergebnisse mit 16 bis 20 % Zustimmung für Petra Kelly ein Schock sein; Regierungsteilungen – womöglich noch im

schwarz-grünen Gewand – erst recht. Gemessen am politischen Entwicklungsstand von 1990 wäre Petra ohne Zweifel für uns verloren. Heute jedoch, in einer Republik, die sich immer noch mitten in einem politischen und kulturellen Wandlungsprozess befindet, der auch und gerade von unseren grünen Ahnen angezettelt wurde, könnte das anders sein.

Ich bin überzeugt: Petra würde es wertschätzen, dass sich Mehrheiten für den Ausstieg aus der Atomenergie und für mehr Erneuerbare einsetzen und dass das Umweltbewusstsein und das Engagement gegen den Klimawandel wächst. Auch dass eine Frau Kanzlerin werden kann, ein schwuler Außenminister und dass ein Rollstuhlfahrer sein Regierungsamt gleichwertig ausübt, hätte sie gefreut (und zugleich hätte sie über deren falsche Parteibücher geschimpft).

Am Ende zählten für Petra Kelly sowohl Veränderungen in Form von Ergebnissen als auch die Idee (Zitat) „dass der Weg in die Zukunft, wenn es sie für uns gibt, grün ist.“ Besser kann man es nicht sagen.

Die Beschäftigung mit den grünen Anfängen ist eine spannende Angelegenheit. Wie sagte es Marieluise Beck so schön: „Es gibt von und über Petra viel zu erzählen. Wir Grünen sollten es tun. Denn wenn wir sie vergessen, vergessen wir einen großen Teil von uns selbst.“

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@
bundestag.de



KOMMUNALPOLITIK IST SEXY

Das kommunalpolitische Basisseminar der Grünen Jugend Niedersachsen erklärt vom 8.-10. Oktober 2010 in Hannover, was es mit der politischen Ebene auf sich hat, die zwar nicht in der Tagesschau, dafür aber vor der eigenen Haustür stattfindet.

Was haben alle diese Punkte gemeinsam?

- Die Schule braucht neue Räume und eine Mensa für die neue IGS.
- Der Bus zum Freibad sollte auch öfter fahren.
- Die Stadtwerke sollen Ökostrom anbieten.
- Die Umweltzone soll ausgeweitet werden.

- Die Shopping Mall soll nicht gebaut werden.
- Die Straße, wenn sie schon ausgebaut wird, muss eine eigene Fahrradspur bekommen!

Für alle diese Punkte ist die Kommunalpolitik zuständig und darüber hinaus noch für eine Vielzahl mehr! Kommunalpolitik ist mehr als ein Raum voller alter Herren, die über Dachziegelfarben und die Baumart für die Straßenbepflan-

zungstreiten. Kommunalpolitik ist sexy! Wo sonst hast du die Möglichkeit, deinen Ort / deine Stadt mitzugestalten und zu verbessern.

Das Seminar hat das Ziel, zu zeigen, was im Ortsrat/Stadtrat/Kreistag passiert und was du dort alles bewegen kannst.

Anmeldung an gjn@gruene-niedersachsen.de

ROTHKÖTTER STOPPEN!

Gegen Massentierhaltung und Massenschlachtung!

Do. 23.09.2010, 20:00 Uhr
Celle, Scheune Bauernhof
Lehmann, Hollenkamp 40

Es diskutieren:

Rebecca Harms, Grüne Fraktionsvorsitzende im EP

José Bove, stv. Vorsitzender des Agrarausschusses im EP

Eckard Niemann, ABL

Norbert Juretzko, BI - Vertreter aus Wietze

Moderation: Jan Philipp Albrecht, MdEP

Der Neubau des Siloah-Krankenhauses, ein Bergwerkstollen im Deister und der Bentherr Berg: Drei besondere Orte in der Region Hannover, die im Sommer von Grünen und Interessierten BürgerInnen besucht wurden. In unserer Region finden sich viele solcher Orte. Um einige davon kennen zu lernen wird die Veranstaltungsreihe „Besondere Orte - Besondere Besuche“ des Grünen Regionverbands im Herbst fortgesetzt. Grüne aus der ganzen Region zeigen dabei ihren BesucherInnen, welche Orte sie besonders schätzen und was es dort zu entdecken gibt. So lud die Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer im August ins Feinschmecker-Restaurant "Paradies" ein. Bei Bio-Spitzenkoch Jürgen Piquardt wurde bei ökologischen Leckerbissen aus der Region über die Rückkehr der Kartoffelsorte Linda geplaudert. Im Siloah-Krankenhaus informierte Sozialdezernent Pico Jordan die BesucherInnen über den Umbau des Krankenhauses zu einer

NEUE BESONDERE BESUCHE

Die Region aus Grüner Sicht kennen lernen: Die Veranstaltungsreihe "Besondere Orte - Besondere Besuche" des Grünen Regionsverbands wird im Herbst fortgesetzt.

hochmodernen Klinik. Andreas Hartig, Vorsitzender der Grünen in Barsinghausen fuhr mit einer BesucherInnengruppe in den Museumsstollen des Bergwerks in Barsinghausen ein und Hans-Jürgen Pein aus Ronnenberg führte seine Gäste durch sein historisches Kirchkötnberhaus.

DIE NÄCHSTEN TERMINE:

Dienstag, 28.09.2010, 17:00 Uhr: **Besuch Museum für Friedhofskultur mit Hans Mönninghoff.** Treffpunkt am Haupteingang des Stadtfriedhofs Seelhorst, Garkenburgstr. 43, Hannover. Anmeldung bei Ulrike Witte: U.Witte@gmx.net

Freitag, 08.10.2010, 16:00 Uhr: **Radtour rund um den Bentherr Berg mit Jonny Peter.** Treffpunkt: Radweg am Faust-Biergarten, Linden-Nord.

Donnerstag, 18.11.2010, 16:00 Uhr: **Besuch des Mütterzentrums / Mehrgenerationenhaus e.V. Hannover-Döhren mit Dr. Brigitte Vollmer-Schubert.** Querstr. 22, Hannover. Anmeldung bei Ulrike Witte: U.Witte@gmx.net

Freitag, 19.11.2010, 16:00 Uhr: **Die Welten in einer Bibliothek - Besuch der Iranischen Bibliothek mit Asghar Eslami.** Treffpunkt: Faust, Zinserhalle. Anmeldung bei Ulrike Witte: U.Witte@gmx.net

Mittwoch, 24.11.2010, 17:00 Uhr: **Besuch der Islamischen Gemeinschaft der Jama'at-un Nur e.V. mit Filiz Polat.** Dieckbornstr. 11, Hannover-Linden. Anmeldung bei Filiz Polat: Filiz.Polat@lt.niedersachsen.de

Freitag, 26.11.2010, 15:00 Uhr: **Stadtrundgang in Linden zum Thema Antifaschismus mit Jonny Peter.** Start am Faust-Gelände, vor dem Verwaltungsgebäude.

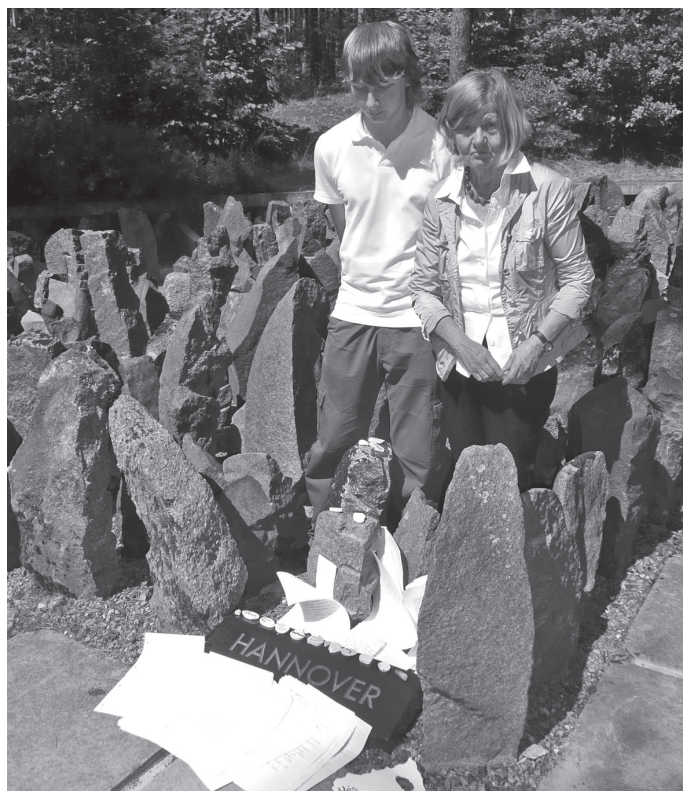
Freitag, 03.12.2010, 17:00 Uhr: **Zu Besuch bei Egon Kuhn in der Geschichtswerkstatt im Freizeitheim Linden, Keller, Fred-Grube-Platz 1, Hannover.**

Mittwoch, 15.12.2010, 16:00 Uhr: **Besuch des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege mit Filiz Polat.** Treffpunkt: Scharnhorststr. 1, Hannover. Anmeldung bis zum 13.12.10 bei Filiz Polat: Filiz.Polat@lt.niedersachsen.de

Weitere Infos zu allen Terminen: www.gruene-hannover.de

STEINE FÜR BIKERNIEKI

Bürgermeisterin Ingrid Lange berichtet von einer Gedenkstunde an die Opfer des NS-Regimes in Riga



INGRID LANGE IN DER GEDENKSTÄTTE BIKERNIEKI

Am 9. Juli 2010 habe ich als Vertreterin der Stadt Hannover in der Gedenkstätte Riga-Bikernieki zusammen mit Repräsentanten aus 24 Städten, die wie Hannover Mitglied im Deutschen Riga-Komitee sind, an einer Gedenkstunde teilgenommen. Wir haben erinnert an mehr als 25.000 deutsche Juden, die 1941 bis 1944 nach Riga deportiert und im Wald von Bikernieki durch das NS-Regime und dessen freiwilligen Helfer erschossen wurden.

Einem alten jüdischem Brauch folgend wurden im Anschluss an die Gedenkstunde viele kleine Steine auf die Grabsteine in der Gedenkstätte gelegt. Schülerinnen und Schüler der Tellkampfschule (10. Klassen), der IGS Linden (Klasse 9F), des Kurt-Schwitters-Gymnasiums (Klasse 10 a) und der IGS Kronsberg (Klasse 8a), alle „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, hatten die Steine für mich gesammelt, beschriftet und mit Botschaften versehen. Vor meiner Reise hatte ich die Jugendlichen in ihren Schulen besucht und dafür gewonnen, sich mit den Lebensgeschichten der in Riga ermordeten Juden aus Hannover auseinander zu setzen. Als ich ihnen klar machte, dass viele der Opfer auch in ihrem Alter waren, als sie starben, fühlten sie

sich sehr betroffen. So habe ich mehr als hundert Botschaften und noch viel mehr Steine mit auf die Reise genommen. Die zentrale Botschaft der SchülerInnen war: „Wir fühlen mit allen, die so gelitten haben und getötet wurden. Was haben sich damals die jungen Opfer gefragt, was passiert mit mir, mit meiner Liebe? Muss ich wirklich sterben? Es hat doch jeder das Recht auf Freiheit und Leben, egal welcher Religion oder welchem Volk er angehört. So etwas darf nie wieder passieren.“

Kurz bevor ich in Riga war, haben Kinder und Jugendliche mit arabischem oder nordafrikanischem Migrationshintergrund im Sahlkamp Steine auf eine jüdische Tanzgruppe geworfen. Sie waren im selben Alter wie „meine“ SchülerInnen, von denen auch viele muslimischen Migrationshintergrund haben. Meine persönlichen Erfahrungen mit den Schülerinnen und Schülern haben mir gezeigt, dass gerade in Schulen durch gezielte Erinnerungsarbeit viel gegen Rassismus und Antisemitismus geleistet werden kann.

INGRID LANGE

ingridlange@t-online.de



Am 14. August diskutierte ein engagierter Kreis grüner und grünnaher Männer und Frauen mit und ohne Migrationshintergrund die Frage, wie eine zukunftsweisende Förderung, Bildung und Betreuung von Kindern in Hannover aussehen kann.

Wir kamen von der Debatte um Sprachförderung und Schulempfehlungen auf die Forderung nach der verpflichtenden Vorschule. Und hier wird es schwierig: Wir stellten fest, dass es möglicherweise unterschiedliche Vorstellungen von Pädagogik und Erziehung gibt und noch keine gemeinsame Idee von einer zukunftsweisenden Bildung und Betreuung der Kinder.

Ich denke an mehr Pflicht, mehr Anpassung und mehr Leistungsorientierung in der vorschulischen Erziehung und mir stellen sich die Nackenhaare auf: Meine Eltern sind autoritär erzogen worden. Wenn sie nicht pariert haben, bekamen sie schwere, auch körperliche Strafen. Wer den Film „Das weiße Band“ gesehen hat, bekam einen guten Einblick, wie rigide psychische wie physische Unterdrückungsmechanismen auf Kinder wirken.

Als Teile der Nach-68er-Gegenbewegung zu unserer Elterngeneration haben viele von uns ihre Kinder dann einigermaßen antiautoritär erzogen. Grundlage war, dass Kinder mit elterlicher Liebe und Wärme begleitet lebensbejahend und neugierig sind, dass sie lernen und sich entwickeln wollen, wenn man sie lässt und dass sie in der Lage sind, mit vielen Konflikten untereinander ohne den vorschnellen Schutz einschreitender Erwachsener klarzukommen.

Es hat nicht immer funktioniert. Es gab Kinder, die nicht lernen wollten, sondern lieber Fußball spielten. Und es gab Eltern, die Freizügigkeit mit Gleichgültigkeit verwechselten und Eltern, die ihre Unsicherheiten hinter laissez-faire zu verstecken suchten. Viele Kinder dieser Generation werfen uns Eltern heute fehlende Klarheit, fehlende Stringenz und manchmal auch Verantwortungslosigkeit vor.

Uns bleibt der Verweis auf den erfolgreichen Kampf gegen autoritäre und verkrustete Strukturen in Gesellschaft und Familie und die Erkenntnis, dass dabei auch das eine oder andere Erhaltenswerte

ERZIEHUNG 2020

Ingrid Wagemann, jugendpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion Hannover über die vielfältigen Anforderungen an die Kinderbetreuung



KINDERBETREUUNG IST VERTRAUENSACHE.

auf der Strecke geblieben ist.

Es gibt Eltern aus über 80 verschiedenen Ländern in Hannover. Ob aus ländlichen Regionen oder Großstädten oder aus Hannover, ob aus der Armut, aus politischer Unterdrückung oder aus Kriegsgebieten, ob bildungsnah oder bildungsfern, alle haben eigene Vorstellungen von Erziehung und davon, wie in pädagogischen Einrichtungen mit ihren Kindern umgegangen werden soll. Wie vertragen sich diese Vorstellungen mit der pädagogischen Praxis in unseren Betreuungseinrichtungen?

Über 40 % der Kinder in Hannover haben einen so genannten Migrationshintergrund. Fast ein Viertel aller Kinder leben in armen Familien. Fast alle besuchen unsere Kindertagesstätten. Wir sind sehr daran interessiert, dass sie das tun. Wir gehen davon aus, dass der möglichst dreijährige Besuch der Kita die beste Gewähr für alle Kinder ist, die deutsche Sprache zu erlernen, im deutschen Bildungssystem zurecht zu kommen und unsere gemeinsame Gesellschaft mit zu befördern.

- Wie erleben Eltern die hannoverschen Kindertagesstätten, was erwarten sie von ihnen und was wollen sie auf keinen Fall?
- Wie viel Zeit haben Erzieherinnen und Erzieher im Alltag, um mit ihrem pädagogischen Ansatz die Kinder zu fördern und die Eltern zu erreichen?
- Können wir noch mehr tun, als Kitas zu Familienzentren machen und den Einsatz von Stadtteil- und Rucksackmüttern befördern,

damit Kinder nicht zwischen unterschiedlichen Erziehungs- und Wertvorstellungen zu Hause und in der Kita die Orientierung verlieren?

- Müssen wir unsere pädagogischen Grundsätze relativieren, müssen sich Eltern daran orientieren oder gibt es etwas dazwischen?

Der Berliner Tagesspiegel widmet eine ganze Seite der Frage, ob Kinder früher als bisher auf die Schulbank gehören. Eine Kita-Pflicht (gewünscht von Herrn Buschkowsky und Herrn Wowereit) kann es nach dem Grundgesetz nicht geben. Das Grundgesetz garantiert Eltern ein „natürliches Recht“ auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder. Staatliche Eingriffe sind nur bei Gefährdung des Kindeswohls und mit der Schulpflicht erlaubt.

Also ab in die Schule? Ab dem dritten Lebensjahr wie in Frankreich, ab dem zweiten wie in England? Ist Schule in Deutschland wirklich das geeignete System, um alle Kinder zu fördern und bildungsferne Eltern zu beteiligen? – Nachweislich und ganz offensichtlich hat das bis heute nicht gut funktioniert.

Die neuen Studien der Gehirnforschung zur Frage der kindlichen Entwicklung belegen eindrucksvoll, dass Kinder in ihrer Entwicklung befördert und ihre Hirntätigkeit stimuliert wird durch das angstfreie Erleben ihrer Umwelt mit allen Sinnen.

Dazu brauchen Kinder Eltern und weitere Bezugspersonen, die sie ernst nehmen, die ihnen

verbindliche Partner sind, die Zeit für sie haben. Im Gegensatz dazu werden bildungspolitische Forderungen nach mehr Leistungsorientierung, mehr Anpassung und mehr Konditionierung lauter.

Ich bin überzeugt, dass hannoversche Kinderbetreuungseinrichtungen grundsätzlich geeignet sind, Kinder altersangemessen zu fördern. Wir haben auch gute Konzepte, um Eltern zu erreichen, wie die aktuell 19 Familienzentren in Hannover, wie Rucksack- und Stadtteilmütter eindrucksvoll belegen. Ich bin überzeugt davon, dass Sprachförderung mehr sein muss als ein paar Wochenstunden Kleingruppenunterricht mit offensichtlich geringem Erfolg beim Schuleingangstest.

Was wir brauchen ist

- mehr Geld in den Kitas für eine bessere Personalsituation,
- mehr Geld für mehr Familienzentren überall dort, wo zwingend Elternarbeit geleistet werden muss, damit Kinder wirklich wachsen können und nicht hin und her gerissen werden,
- mehr Geld für Erzieherinnen und Erzieher, damit dieser Beruf attraktiver wird,
- mehr Geld für Evaluation und Weiterentwicklung der Konzepte, damit ErzieherInnen sich diesen Anforderungen stellen können und wir eindrucksvoll beweisen, dass Kita kein Aufbewahrungsort für Kleinkinder ist, sondern ein qualifiziertes und altersangemessenes Bildungsangebot.
- Wir brauchen natürlich in der Kommune für all diese Aufgaben mehr Geld von Land und Bund.
- Und wir brauchen den Diskurs mit den Eltern.

Sicher wird sich mit den Fragen nach der richtigen Erziehung in der richtigen Einrichtung an Hochschulen und Fachschulen längst beschäftigt. In Krabbelgruppen, Kindertagesstätten und Familienzentren werden täglich ganz konkret Antworten auf diese Fragen gelebt zwischen Kindern, ErzieherInnen und Eltern.

Wir werden die Diskussion ebenfalls weiterführen. Ich bin sehr gespannt auf eine praxisnahe und offene Diskussion.

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



JOB-ANGST IM JOBCENTER BLEIBT

Die Befristung der Verträge im Jobcenter sorgt für große Unsicherheit bei den Beschäftigten.



WIE GEHT ES WEITER IM JOBCENTER?

Die Job-Angst geht um. Es klingt wie ein Stück aus dem Tollhaus, ist aber bittere Realität für mehr als 100 Beschäftigte des Jobcenters der Region. Sie müssen um ihren Job bangen. Dabei sollte sich eigentlich mit der auf Bundesebene gegen den Widerstand der FDP durchgesetzten Entfristung von 3200 Stellen die Personallage in den Jobcentern stabilisieren. Stattdessen ist die Situation angespannter denn je. Unterm Strich droht nämlich der Verlust von Stellen.

Auch wenn es mittlerweile für die Hälfte der Betroffenen Entwarnung gibt – für 120 andere Beschäftigte droht der Arbeitsplatz verloren zu gehen. Wenn für diese Stellen keine Lösung gefunden wird, verliert das Jobcenter Region Ende 2010 auf einen Schlag mehr als acht Prozent seiner Beschäftigten. Das wird zu einer dramatischen Verschlechterung der Betreuungsqualität führen, denn mit den Beschäftigten geht auch viel Know-how.

Dabei kann von einer Entspannung am Arbeitsmarkt und in der Grundsicherung in der Region (und auch anderswo) keine Rede sein. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der Menschen, die von den Jobcentern betreut werden, fast unverändert hoch geblieben. Nicht weniger, sondern mehr Personal wäre also notwendig, um besser helfen zu

können. Und noch von anderer Seite ist die Arbeit des Jobcenters bedroht, nämlich durch die von Schwarz-gelb beabsichtigten massiven Kürzungen der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Abgesegnet von Bundesarbeitsministerin von der Leyen könnte der Haushaltsposten für die Integration von Arbeitslosen schon 2011 um bis zu 25 Prozent schrumpfen. Deren Chancen auf Jobs und Perspektiven würden damit noch stärker schwinden.

Beide Entwicklungen sind katastrophal und stehen in hartem Kontrast zur Ankündigung von Frau von der Leyen, die Betreuung der Arbeitslosen verbessern zu wollen. Wie mit weniger Personal und mit weniger Förderung bessere Arbeit geleistet werden soll, bleibt ihr Geheimnis. Als Sachwalterin der Arbeitslosen hat sich die Arbeitsministerin in ihrem ersten Amtsjahr nicht bewährt.

Damit können und wollen wir uns nicht zufrieden geben. Wir fordern zum Wohle der Arbeitslosen, dass die bedrohten Beschäftigten in den Jobcentern eine anständige Perspektive bekommen. Darüber hinaus müssen die Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückgenommen werden. Wir bleiben dran.

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@
bundestag.de



FÜNF CHANCEN PRO OPTION

Die Grünen in der Region Hannover sprechen sich für die Option aus, die Grundsicherung eigenverantwortlich zu organisieren.

Soll die Region Hannover die Grundsicherung im SGB II eigenverantwortlich organisieren (Option) oder eine Gemeinsame Einrichtung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Region Hannover gründen? Wir haben Chancen und Risiken abgewogen. Am Schluss kamen wir zu dem Ergebnis, dass wir Grüne in der Regionsfraktion das Optionsmodell als Chance für die Region Hannover sehen. Doch worin liegen die Chancen des Optionsmodells?

DIE ERSTE CHANCE

Beim Optionsmodell können wir uns unabhängig von zentraler Steuerung aus Nürnberg machen. Dazu stehen der Region 106 Mio. Euro für Eingliederungsmaßnahmen und 80 Mio. für das Verwaltungsbudget aus Bundesmitteln zur Verfügung, die eigenverantwortlich eingesetzt werden können. Und das ohne den Haushalt zu belasten.

DIE ZWEITE CHANCE

Die Region Hannover hat als Optionskommune mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Die Region kann über alle Fragen des Aufbaus, der Ablauforganisation, IT, Fachkonzepte und Infrastruktur entscheiden. Ein Gesamtkonzept für die Verknüpfung der Förderung und Qualifizierung der Leistungsberechtigten mit Wirtschaftsförderung, Erwachsenenbildung, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, der Schule, der Kinder und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen kann zielgerichtet entwickelt werden, anstatt vieler Einzelmaßnahmen.

DIE DRITTE CHANCE

Die Region Hannover kann über Personalfragen ohne die BA selbständig entscheiden. Derzeit haben 33 Prozent aller Beschäftigten in den Jobcentern einen befristeten Arbeitsvertrag. Dies hängt mit dem zentral gesteuerten Stellenplan aus Nürnberg

zusammen. Die Auswirkungen liegen auf der Hand: Eine hohe Fluktuation bei den Beschäftigten. Diese Instabilität führt zu Qualitätsverlusten bei der Betreuung der LeistungsempfängerInnen und der Bearbeitung der Bescheide. Durch weniger Befristungen ließe sich die Qualität in diesen Bereichen steigern.

DIE VIERTE CHANCE

Eine kundenorientierte Ausrichtung der Betreuung. Die derzeitige Software gilt als besonders störanfällig und produziert unverständliche Bescheide. Unverständliche Bescheide führen zu hohen Widerspruchszahlen, zu einem verwaltungstechnischen Mehraufwand und zur Unzufriedenheit der Menschen, die im Leistungsbezug sind. Zudem führen diese vermeidbaren Widersprüche besonders bei den Kosten der Unterkunft zu einem erheblichen Kostenrisiko für die Region.

DIE FÜNFTE CHANCE

Die Region kann zielgerichtet Menschen in Arbeit vermitteln, die sie aus dem Leistungsbezug bringt. Derzeit existiert an dieser Stelle ein Interessenskonflikt zwischen der BA und der Region. Die BA fördert die Vermittlung in Arbeitsplätze mit kleinen Einkommen und in Teilzeitarbeitsplätze. Das Einkommen wird vorrangig auf die Bundesleistungen angerechnet dadurch verbleibt kein Einkommen mehr zur Minderung der Regionsleistungen, wie z.B. die Kosten der Unterkunft. Damit muss die Region ihren Kostenanteil komplett aufbringen. Allein in diesem Jahr sind das 271 Millionen Euro. Und die Kosten in diesem Bereich werden weiter steigen.

Wie wir finden, sind das fünf Chancen für die Region und für die Menschen im Leistungsbezug.

NORMAN SEIBERT

norman.seibert@gruene-
fraktion.region-hannover.de





AUS DEM BUNDESTAG

SOMMERTOUR BRINGT VIELE NEUE IDEEN

Parlamentarische Sommerpause – Zeit für eine Sommertour durch die Region, spannende Termine und jede Menge Eindrücke und Ideen: Welche konkreten Wege zu einer sozialen und ökologischen Transformation unserer Wirtschaft gibt es? Um das zu erörtern habe ich Unternehmen wie VW in Stöcken oder Conti besucht und Gespräche mit Unternehmensleitungen und Betriebsräten geführt. Welche Konzepte des sanften Tourismus werden hier in der Region umgesetzt? Diese Frage stand bei Aktivitäten mit Grünen im Deister, am Steinhuder Meer oder bei der Paddeltour auf der Leine im Fokus. Wie ist die Lage im Iran und auf welchem Wege kann die Politik sich hier für eine Stärkung der Menschenrechte einsetzen? Darüber habe ich nach einem Kinoabend („Theran without permission“) mit hochkarätigen ExpertInnen und mehr als 100 Gästen im Apollo-Kino diskutiert. Vielen Dank an alle die bei diesen und weiteren Terminen dabei waren – natürlich freue ich mich nicht nur zur Sommerzeit über eure Einladungen und komme gerne zu euren Veranstaltungen vor Ort.

HAUSHALTEN GEHT ANDERS

Doch erstmal geht's jetzt in Berlin wieder zur Sache. Hier sind wir inzwischen mitten drin in den Beratungen über den Bundeshaushalt 2011. Mit ihren Einschnitten bei Arbeitslosen und Familien verschärft die Bundesregierung die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft. Innovative Projekte und die notwendigen Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Bildung und soziale Infrastruktur sucht man bei Schwarz-Gelb vergeblich. Eine sozial gerechte Sanierung des Bundeshaushalts ist von den Lobbyfreunden der Regierungskoalition nicht zu erwarten. Uns Grünen geht es darum Alternativen zu diesem schwarz-gelben Irrweg aufzuzeigen. In den letzten Jahren ist die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen dramatisch gestiegen. Mittlerweile besitzen die obersten zehn Prozent über

60 Prozent des Vermögens in Deutschland. Wir brauchen endlich einen Neuaufbruch für Gerechtigkeit. Dafür wollen wir gerecht die Steuern erhöhen, insbesondere für große Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen. Gleichzeitig wollen wir aber auch unnötige Ausgaben kürzen. Ökologisch schädliche Subventionen wollen wir konsequent streichen – das ist gut für die Umwelt und hilft bei der Sanierung unserer Haushalte. Und wir wollen sinnvoll investieren um der ökologischen und sozialen Verschuldung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. In einen Energiesparfonds und die ökologische Sanierung des Altbaubestands, in mehr Ganztagschulen und eine neue Studierendenfinanzierung, in höhere Arbeitslosengeldsätze und den Ausbau der Freiwilligendienste.

Für mehr Gerechtigkeit streiten wir natürlich nicht nur in Deutschland, sondern auch global. Deswegen wollen wir konsequent die Gelder für den internationalen Klimaschutz, zivile Friedenspolitik und Entwicklungszusammenarbeit aufstocken.

DRUCK MACHEN FÜR EINEN HEISSEN GRÜNEN HERBST

Nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Straße werden wir Schwarz-Gelb in den kommenden Wochen und Monaten ins Schwitzen bringen. Der Lobbyismus von Merkel und Westerwelle für die Atomindustrie wird auf unseren maximalen Widerstand stoßen. Atomkraft? Wir sind doch nicht blöd!

Im November im Wendland werden wir uns quer stellen und gegen den Wahnsinn der längeren AKW-Laufzeiten und ein Atomklo Gorleben auf die Straße gehen. Aber auch die neoliberale Spaltungspolitik von Schwarz-Gelb werden wir in diesem Herbst massiv angreifen und gemeinsam mit Gewerkschaften, Initiativen und anderen Parteien Druck für eine solidarische Politik machen.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
sven-christian.kindler@bundestag.de
Tel.: 030 2277-4232



AUS ALT MACH NEU

Grüne besuchen Hanomag-Gelände



UM- UND NEUBAU AUF DEM HANOMAG-GELÄNDE FÜR WINDWÄRTS.

Eine rund 20-köpfige Gruppe aus VertreterInnen der grünen Ratsfraktion und weiteren Interessierten hat am 27. Juli 2010 das insgesamt rund 22 Hektar große Hanomag-Gelände in Linden-Süd in Augenschein genommen.

Im Zuge einer Führung durch die DIBAG Industriebau AG, der Eigentümerin des riesigen Areals, haben wir uns davon überzeugen können, dass der Prozess der Revitalisierung des Hanomag-Industriegeländes auf einem sehr guten Weg ist. An den bereits sanierten und in neue Nutzungen überführten Teilflächen für die Deutsche Telekom und das 10.000 Quadratmeter große Zweirad-Center Stadler in der vorderen Hälfte der ehemaligen U-Boot-Halle konnten wir sehen, wie alte Bausubstanz modern und architektonisch attraktiv saniert wurde und dabei auch der Denkmalschutz und die Energieeffizienz vorbildlich beachtet wurden.

Besonders erfreulich war für uns Grüne die Ausstattung des ca. 9.000 Quadratmeter großen Bürogebäudes der Telekom mit energiesparender Dreifachverglasung sowie einer Versorgung mit Fernwärme auch für die Kühlung im Sommer durch Kältemaschinen. Bereits im März ist die Telekom in den historischen Backsteinbau gezogen, der sich von Tor 1 an der Göttinger Straße aus auf das Hanomag-Gelände erstreckt. Derzeit arbeiten 900 MitarbeiterInnen in diesem neuen Servicecenter. Im Herbst will darüber hinaus die Windwärts Energie GmbH auf das Hanomag-Gelände ziehen. Die sich zurzeit im Um- bzw. Neubau befindlichen 3000 Quadratmeter großen

Büroräume werden mit einem ambitionierten Dämmstandard realisiert, der 30 Prozent unterhalb der gesetzlichen Vorgaben der Energieeinsparverordnung liegt.

Weiter geplant sind neben Büros und Räumen für Dienstleister auch Loftwohnungen in dem Gebäudeflügel an der Hanomagstraße und die Ansiedlung eines Lebensmitteleinzelhandels. Auch der direkt über dem Tor 1 an der Göttinger Straße liegende historische Ernst-Winter-Saal, der der Hanomag als Kantine diente und indem sich die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg neu gründete, soll restauriert werden und dann den MitarbeiterInnen der Telekom als Kantine dienen. Zur besseren Anbindung des Geländes für den Fuß- und Radverkehr sollen außerdem die Seitenanlagen an der Göttinger Straße gemäß einem grün initiierten Ratsbeschluss neu gestaltet werden. Bereits jetzt ist das Hanomag-Areal gut an den ÖPNV angebunden.

Insgesamt konnten wir bei unserer Besichtigung einen sehr guten Eindruck über den Entwicklungsstand des Hanomag-Geländes gewinnen und sind auf die weiteren Sanierungsabschnitte und die zukünftigen Nutzungen gespannt. Zu begrüßen ist, dass die DIBAG Industriebau bei diesem gewaltigen Sanierungsvorhaben, das zwangsläufig mit viel Lärm und Staub verbunden ist, der grünen Anregung gefolgt ist, einen Nachbarschaftsdialog mit dem Umfeld des Hanomag-Geländes durchzuführen.

MICHAEL DETTE
michael.dette@hannover-rat.de



SKATEN WIE IN BARCELONA

Ingrid Wagemann über die Situation der SkaterInnen in Hannover.

In diesem Jahr trieb uns wieder das alljährliche Sommertheater um mit der Frage, wohin mit den SkaterInnen? Im Sommer 2009 konnte das Skate-Verbot auf dem Rathenauplatz nicht wirklich verhindert werden: Trotz großen Einsatzes der grünen Ratsfraktion stehen die Verbotsschilder immer noch. Immerhin wurde im Stadtbezirk Mitte dann ein Runder Tisch eingerichtet mit dem Ziel, alternative Möglichkeiten für diese Szene zu finden und zu realisieren. Beteiligt waren die Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtbezirk, die Verwaltung und Vertreter aus der SkaterInnengemeinde. Statt allerdings die Ergebnisse des Runden Tisches zeitnah und wie vereinbart gemeinsam mit den SkaterInnen umzusetzen, versteckte sich die Verwaltung hinter fehlenden finanziellen Mitteln und notwendigen Sicherheitsvorkehrungen, die alles teuer, aber nichts besser machen.

Gut, dass die SkaterInnen ihre Unzufriedenheit öffentlich gemacht haben. Und vielleicht auch gut, dass wir uns mit der SPD verhekelt haben. Deren politische Forderung: „Mehr Geld und noch mal von vorne“ half uns zwar inhaltlich nicht weiter, hat den Prozess aber durchaus beschleunigt. Die grüne Forderung: "Geld wie geplant und Beteiligung wie geplant und Umsetzung jetzt!" ist letztlich auch das Ergebnis der neuerlichen Runden zwischen Politik, Verwaltung und SkaterInnen. Um zu beweisen, dass politischer Wille nun wirklich umgesetzt wird, hat die Verwaltung innerhalb weniger Wochen zum zweiten Mal eingeladen. Wir hören, dass doch einiges geht, wenn alle mitmachen. So stellten Verwaltung und SkaterInnen in gemeinsamer Rundfahrt über städtische Bauhöfe fest, welche Schätze dort im Stillen schlummern und das „Reste“ in Form von Schalen, Stufen, Steinkanten in den Augen der SkaterInnen ideales Material für wenig Geld liefern. Der weitere Arbeitsplan ist definiert, der Zeitplan auch, die SkaterInnen kriegen langsam Ge-

wissheit, dass wirklich was passiert und Hannover hat voraussichtlich im Frühling einen gemeinsam mit der Skatergemeinde entwickelten neuen Skateplatz. Aktuell gibt es in Hannover mehrere Flächen, die für SkaterInnen ausgewiesen sind oder ausgewiesen werden. Ziel ist allerdings nicht, für jugendliche Freizeitaktivitäten gute Rahmenbedingungen in der Stadt zu schaffen, sondern diese laute Sportart möglichst aus Wohngebieten fern zu halten.

Ob ein großer Skateplatz am Stadtrand der Weisheit letzter Schluss ist? Der würde möglicherweise viel Geld kosten und für eine mit 300 bis 400 Leuten relativ kleine SkaterInnengemeinde etwas überdimensioniert sein. Er würde auch unter Verdacht stehen, mit abseitiger Stadtrandlage mal wieder Jugendliche mit ihren Interessen möglichst fern zu halten.

Barcelona ist ein Mekka für Skater. Dort ist das Skaten nicht auf möglichst abseitige Plätze reduziert. In Barcelona ist Skaten eine mögliche und selbstverständliche Bewegungsform in der Stadt und das Rollen und Springen auf Steinen und Kanten gehört zum urbanen Erleben von Architektur und Plätzen. Wenn zu hannoverschen Skateplätzen noch hannoversche Wege und Straßen, Plätze und Flächen selbstverständlicher Untergrund für Skater sein könnten, gäbe es weniger Konzentration von Skatelärm, aber mehr Lebendigkeit und Bewegung sichtbar für alle. Eben Skater in der Stadt.

Die SkaterInnen haben nun einen Verein gegründet und auch einen eigenen Platz, auf dem sie Flächen selbst entwickeln, Elemente aufbauen und für SkaterInnen nutzbar machen. Sie können als Verein die Interessen von SkaterInnen auch besser vertreten. Mal sehen, welche Vorstellungen sie entwickeln werden.

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



AUS DEM LANDTAG

Brillante Arbeitsmarktzahlen nach einer beispiellos tiefen Wirtschaftskrise. Hat die schwarz gelbe Regierung doch alles richtig gemacht? Sind wir schon über den Berg? – Ministerpräsident McAllister und sein Wirtschaftsminister Bode versuchen dies gerne so darzustellen, aber die Lage ist vielschichtiger und im Ergebnis nicht sehr ruhmreich für die derzeitigen Regierungen in Niedersachsen und Berlin. Hinter den scheinbar glänzenden Arbeitsmarktzahlen verbergen sich eine Reihe von bundesweiten Einflüssen aber auch viele landespolitische dunkle Schatten.

Als erstes ist dabei natürlich der kollektive Lohnverzicht der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der für sie verhandelnden Gewerkschaften in den letzten 10 Jahren zu nennen. Dies hat die Produktivität im Vergleich zu anderen industrialisierten Ländern so erhöht, dass Deutschland – auch begünstigt durch den schwachen Euro – weltweit konkurrenzfähig geblieben ist. Daneben wirkt sich die Weichenstellung der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung in Richtung effizienter Produkte und regenerativer Energieerzeugung weiterhin positiv auf die Exporterfolge deutscher Unternehmen aus. Eine Neuregelung im sozialen Bereich von der alle Bundesländer profitieren, sind die Hartz Reformen, die trotz aller berechtigten Kritik auch messbare Erfolge bewirkt haben.

Die am stärksten wachsende Branche ist die Leiharbeit. Dies nicht etwa zu fairen Bedingungen, sondern mit teilweise bis zu 30 % geringeren Löhnen als die Stammebelegschaft. Die rot-grün beschlossenen Ausweitungen zur Leiharbeit bedürfen wegen des zunehmenden Missbrauchs in der Branche dringend einer Überarbeitung. Festangestellte und LeiharbeiterInnen müssen zumindest den gleichen Lohn erhalten, wie es in den europäischen Nachbarländern üblich ist. Das Jobwunder ist auch begründet in einer Ausweitung der Teilzeitarbeit. Ehemalige

Vollarbeitsplätze werden auf Minijobs aufgeteilt. Das führt zu einer explosionsartigen Vermehrung derjenigen, die mit Hartz IV aufstocken müssen. Diese prekären Arbeitsverhältnisse sind im Ergebnis nichts weiter als staatlich subventionierte Hungerlöhne. Deshalb brauchen wir nicht nur dringend einen bundesweit verbindlichen Mindestlohn, sondern streben auch die Abschaffung der 400-Euro-Jobs zugunsten einer veränderten – im unteren Bereich abgesenkten – Sozialabgabenquote und Besteuerung an. Auch für die junge Generation sieht es trotz demografischem Wandel mit aufkommendem Fachkräftemangel immer noch düster aus. Schon in den vergangenen Jahren konnten nur weniger als die Hälfte der Jugendlichen nach dem Hauptschulabschluss eine Lehrstelle ergattern – bundesweit der schlechteste Wert. Im kommenden Jahr stehen auch noch der doppelte Abiturjahrgang und womöglich zugleich der Wegfall der Wehrpflicht an. Das erzeugt einen enormen zusätzlichen Druck auf die Versorgung mit Studien- und Ausbildungsplätzen. Damit zukünftig nicht mehr als die jetzigen 20.000 Jugendlichen jährlich Ehrenrunde um Ehrenrunde im sogenannten Übergangssystem absolvieren, fordern wir weiter die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage und ein Landesprogramm zur dualen Ausbildung. Natürlich gibt es unter Schwarz-Gelb auch eine echte Wachstumsbranche (allerdings eine mit extremen Nebenwirkungen): die sogenannte industrielle Fleischproduktion. Die derzeitige Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen ist Repräsentantin dieser Branche. Und so wie Hans Heinrich Sander kein Umweltminister, sondern ein Anti-Umweltminister ist, so ist Frau Grotelüschen keine Ministerin für die mittelständische Landwirtschaft (für Biobauernhöfe ohnehin nicht), sondern eine Lobbyistin der Agrarindustriebetriebe und der Massentierhaltung. Unter Klimaschutzgesichtspunkten entstehen da bei dem derzeitigen Wachstum sicher keine zukunfts-sicheren Jobs!

ENNO HAGENAH

enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



HANNOVERSCHE MOORGEEST

Nach dreijähriger Planungsphase steht das Naturschutzprojekt Hannoversche Moorgeest in den Startlöchern. Ziel des Projektes ist, die moortypischen Wasserstände möglichst wieder herzustellen, da regenerierende Hochmoore sowohl für Natur- als auch für Klimaschutz sehr bedeutend sind.

Mit 70% soll das Projekt vom Bund finanziert werden, Signale aus dem Umweltministerium zeigen jedoch, dass die Förderung des Großprojektes gefährdet ist. Viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer haben gute Arbeit zum Moorschutz geleistet. Sollte dem Förderantrag eine Absage erteilt werden, stirbt das gesamte Projekt. Wir müssen nun die entscheidenden Menschen im Bund von der Bedeutung der Moorgeest überzeugen.

REGIONALISIERUNGSMITTEL

Die Landesregierung hat sich entschieden. Das Land zahlt nochmals 1,8 Mio. Euro weniger für den Nahverkehr an die Region. Bisher konnten die jährlich angekündigten Kürzungen bei Bussen und Bahnen durch Teilzahlungen des Landes vermieden werden.

Nun müssen die Einschränkungen bei den Buslinien 600, 372, 254, 612 und 350 umgesetzt werden. Wir retten mit Regionsgeldern zumindest die Heidebahn in Richtung Soltau und die Kurvenzüge nach Burgdorf.

Ab 2012 wäre die Heidebahn, ab 2013 die Kurvenzüge durch neue Ausschreibungen ohnehin wieder im Fahrplan. Bis dahin finanzieren nun wir die Zwischenlösung. Die 3900 Fahrgäste, die momentan diese Züge nutzen, würden nur schwer wieder zu gewinnen sein – ein gutes Argument für die Rettung der Zugverkehre.

STATUSBERICHT KLIMASCHUTZ

Im Klimaschutzrahmenprogramm haben wir Vorgaben gemacht, um die CO₂-Emission in der Region Hannover bis 2020 um 40% gegenüber dem Stand von 1990 abzusenken. Das Programm benennt in einem umfangreichen Katalog konkrete Handlungsmöglichkeiten, die von der Region unmittelbar beeinflusst und umgesetzt werden können. Im ersten Statusbericht zeigt nun

die Regionsverwaltung zu jeder Maßnahme neben Zuständigkeit und Umsetzungsstand auch eventuelle Probleme auf. Dieser Bericht bietet uns die Möglichkeit Bilanz zu ziehen.

Zur Minderung des CO₂-Ausstoßes nutzen wir die drei „E“: Energieeinsparung, Einsatz erneuerbarer Energien und gesteigerte Energieeffizienz.

Mit dem Verkehrsentwicklungsplan proKlima, soll u.a. der Öffentliche Nahverkehr gestärkt werden. Dies spart Energie. Doch klimawirksame Ergebnisse können erst in der Umsetzungsphase ab Frühjahr 2011 erzielt werden. Um den Umstieg der Beschäftigten der Region auf Fahrrad oder ÖPNV zu fördern, soll ein Mobilitätskonzept erstellt werden.

In der Regionalplanung beschäftigt uns die Windenergie. Der Einsatz erneuerbarer Energien muss weiter vorangetrieben werden. Eine Windpotenzialanalyse wird daher in die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms einfließen. Im Gebäudemanagement können wir durch energetische Sanierung der Regionsgebäude Einsparungen erzielen. Der Einsatz von Energieinspektoren, die systematische Verbrauchskontrollen durchführen und damit zeitnahes Handeln ermöglichen ist ein Weg zu mehr Energieeffizienz.

Die Aspekte des Klimaschutzes müssen auch bei der Revitalisierung der Moorflächen und der Entwicklung der Wälder berücksichtigt werden. Unser Einsatz für die Hannoversche Moorgeest und eine Anfrage zum regionseigenen Wald unterstützen dies. Mit einem Klimaschutzpakt soll zukünftig die Einbindung von Städten, Gemeinden und privaten Akteuren in den regionalen Klimaschutz gesichert werden. Fest steht: Klimaschutz ist keine Aufgabe, die sich abhaken lässt. Wir stehen am Anfang eines Prozesses, in dem viele Einzelmaßnahmen dazu beitragen, dass wir als Klimaschutzregion unsere Vorgabe von minus 40% erreichen.

EURE REGIONSFRAKTION
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

STRATEGIE FÜR DEN HAUSHALT DER REGION

Von Silke Stokar, finanzpolitische Sprecherin der Grünen Regionsfraktion

Das Haushaltsjahr 2009 konnte die Region Hannover noch mit einem Überschuss von 46 Mio. Euro abschließen. Die schwarz-gelbe Steuersenkungspolitik treibt den Haushalt jetzt wieder in die Neuverschuldung. Bundesweit müssen die Kommunen von 2010 bis 2013 mit einem Einnahmeausfall von ca. 15 Milliarden Euro rechnen, 50% dieser Ausfälle sind verursacht durch Steuerrechtsänderungen auf Bundesebene. Im Regionshaushalt fehlen uns auf der Einnahmeseite 69 Mio. Euro aus der Regionumlage und 16 Mio. Euro Schlüsselzuweisungen. Gleichzeitig explodieren die Kosten für soziale Pflichtaufgaben. Auf die Schuldenbremse treten können wir nur, wenn Bund und Land wieder die Verantwortung für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen übernehmen.

FINANZPOLITIK AM GEMEINWOHL ORIENTIERN

Wir machen keine Finanzpolitik, damit die Zahlen stimmen. Unseren Erfolg messen wir an der Rendite für das Gemeinwohl. Die Bürgerinnen und Bürger wollen beides: Lebensqualität heute und eine sichere Zukunft für nachfolgende Generationen. Um dabei gestalten zu können, muss unser Ziel sein, dass ca. 10% der Haushaltsmittel politisch beeinflusst werden können und nicht nur 4% wie aktuell.

Wir wollen kommunale Werte erhalten und investieren in den Ausbau erneuerbarer Energien, in die energetische Sanierung der Liegenschaften, in den Einsatz von Green-IT, in die regionale Verkehrswende und den Erhalt der biologischen Vielfalt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Betriebe, für die wir kostbare Flächen und eine entwickelte Infrastruktur bereitstellen, ausbilden und faire Löhne zahlen. Da, wo wir rechtlich die Möglichkeit haben, wollen wir

bei der Vergabe von Gewerbeflächen die Einhaltung der Equal-Pay-Richtlinie der europäischen Union zur Bedingung machen. Gerade bei der Umsetzung des Logistikflächenkonzeptes wollen wir nicht zulassen, dass immer mehr Zeitarbeitsplätze entstehen, die durch Hartz IV kommunal subventioniert werden müssen.

DOPPELSTRUKTUREN WEITER ABBAUEN

Wir sehen es als erforderlich an, die Aufgabenverteilung und -erledigung weiter zu optimieren. Wir haben dazu konkrete Vorschläge gemacht:

Die Verkehrsplanung in der Region und den Verkehrsunternehmen wollen wir extern überprüfen lassen. Wir sind auf dem Wege, die Wirtschaftsförderung in der Region effektiver zu organisieren. Im Bereich der Informationstechnologien sehen wir Einsparpotenzial. Es ist nicht erforderlich, dass Landeshauptstadt und Region zwei Rechenzentren unterhalten.

BÜRGERHAUSHALTE EINFÜHREN

Wir wollen einen interaktiven Bürgerhaushalt einrichten, hier können Bürgerinnen und Bürger online Sparvorschläge einreichen und verfolgen, wie Politik und Verwaltung entscheiden. Wir wollen feste Haushaltsmittel für Bürgerstiftungen einsetzen. Da, wo eine Stiftung eine kommunale Aufgabe oder Einrichtung übernimmt, da, wo es gelingt, Sponsorengelder für ein Vorhaben einzuwerben, soll es möglich sein, dass sich auch die Region mit einem Beitrag beteiligt.

Das komplette Papier unter <http://tinyurl.com/Finanzen-Region>

SILKE STOKAR

silke.stokar@gruene-fraktion.region-hannover.de



HUNDE IN DER STADT AN DER LEINE

...oder doch ohne? - Hannover diskutiert.

Am 3. August 2010 hat die Grüne Ratsfraktion Hannover in den Hodlersaal des Neuen Rathauses zu einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Hunde in der Stadt – mit oder ohne Leine?“ geladen. Referate zum Thema wurden von Ute Watts, Fachbereich Recht und Ordnung der Landeshauptstadt Hannover, Stefan Bauschke, Parkranger beim Fachbereich Umwelt und Stadtgrün der Landeshauptstadt, Dr. Willa Bohnet, Institut für Tierschutz und Verhalten der TiHo Hannover und Christian Meyer MdL, tierschutzpolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, gehalten.

Die von der Grünen Ratsfraktion eingeladenen ExpertInnen diskutierten mit dem sich engagiert beteiligenden Publikum über das alltägliche Konfliktthema Anleinen oder Nichtanleinen von Hunden, bei dem sich zwei sehr unterschiedliche Interessensgruppen gegenüberstehen: Die einen möchten ihren Hund ohne Leine frei laufen lassen und empfinden dies als tiergerecht. Die anderen haben Angst vor Übergriffen durch frei laufende Hunde.

Für uns Grüne wurde dabei in der Veranstaltung deutlich, dass es einerseits in Hannover sehr differenzierte Regelungen zum Umgang mit Hunden in den Freiräumen der Stadt gibt. Diese reichen vom absoluten Hundeverbot zum Beispiel auf Spielplätzen und Friedhöfen, über die generelle Anleinpflcht im Stadtbezirk Mitte und im Umkreis von Kitas und Schulen, die zeitlich begrenzte Anleinpflcht während der Brut- und Aufzuchtzeit vom 1. April bis 15. Juli in Wäldern und in der freien Landschaft bis zu den speziellen Hundeauslaufflächen, die im gesamten Stadtgebiet verteilt und ausgeschildert sind. Dennoch kommt es im Alltag immer wieder zu Spannungen zwischen HundehalterInnen und Nicht-HundehalterInnen. Auch nach

den Erfahrungen der städtischen Parkranger, deren Aufgabe es ist, auf Grünflächen und Spielplätzen präsent zu sein, um etwaige Konflikte zu schlichten, liegt ein zentraler Konfliktschwerpunkt in öffentlichen Grünflächen, gut ein Drittel der Fälle, im Nichtanleinen von Hunden und beim Hundekot.

Das Problem liegt dabei für uns nicht bei den Hunden, sondern, und hier stimmte uns der Großteil der DiskussionsteilnehmerInnen zu, „am oberen Ende der Leine“ bei den HundehalterInnen, denen es teilweise an der nötigen Sachkunde fehlt. Ein verbindlicher Sachkundenachweis für alle HundebesitzerInnen, wie er auch von der Grünen Landtagsfraktion in der Diskussion um die Neufassung des niedersächsischen Hundegesetzes gefordert wird, könnte hier Abhilfe schaffen.

Aber auch die Bedürfnisse der HundehalterInnen und insbesondere der Hunde nach Flächen für den freien Auslauf sind anzuerkennen. Es muss darüber nachgedacht werden, die bereits bestehenden Hundeauslaufflächen zu vergrößern bzw. weitere Flächen auszuweisen. Für ein faires Miteinander von HundehalterInnen und Nicht-HundehalterInnen in Hannover ist jedoch vor allem gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis notwendig. Voraussetzung dafür ist häufig mehr Information. Dass hier großer Bedarf besteht, hat das Interesse an unserer Veranstaltung gezeigt.

Mehr Informationen zum Thema findet Ihr unter www.gruene-hannover.de unter Ratsfraktion und auf www.hannover.de unter Gesundheit & Soziales / Verbraucherschutz & Veterinärwesen / Tierschutz / Hundehaltung.

MICHAEL DETTE
michael.dette@hannover-rat.de



AUS DEM RATHAUS

KULTURFÖRDERABGABE BZW. ÜBERNACHTUNGSSTEUER

Die Prüfung des renommierten Verwaltungsrechtlers Prof. Dr. Rosenzweig hatte ergeben, dass die von uns für Hannover vorgeschlagene Übernachtungssteuer rechtlich zulässig ist. Daher halten wir unsere Forderung zu ihrer Einführung aufrecht und bleiben dazu mit unserem Koalitionspartner im Gespräch. Als nächsten Schritt fordern wir die Verwaltung gemeinsam zu einer Anhörung im Rathaus auf. Fragestellungen sind Auswirkungen einer Übernachtungssteuer auf Hannover sowie die bei ihrer Umsetzung zu berücksichtigenden Aspekte. Neben Prof. Dr. Rosenzweig ist u. a. auch Boris Pistorius (SPD), Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück einzuladen. Als erste niedersächsische Stadt wird dort an einer Satzung zur Einführung der Übernachtungssteuer gearbeitet.

Hintergrund für unsere Initiative einer Übernachtungssteuer sind die enormen Einnahmeausfälle für die Stadt im Zuge der schwarz-gelben Bundespolitik (15 Mio. Euro im Jahr 2010) einschließlich einer nicht nachvollziehbaren Entlastung des Hotelgewerbes bei der Mehrwertbesteuerung.

EUROPÄISCHE CHARTA FÜR GLEICHSTELLUNG

Rot-Grün beauftragt die Stadtverwaltung, die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zu unterzeichnen und die damit verbundenen Verpflichtungen umzusetzen. Dazu soll sie alle Institutionen und Organisationen in ihrem Hoheitsgebiet einbeziehen. Die vorgesehenen Prioritäten und Maßnahmen sind in einem Aktionsplan darzulegen.

Die Gleichstellungsbeauftragte soll jährlich den Gleichstellungsausschuss über die Umsetzung informieren. Die Charta wurde vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas zusammen mit zahlreichen Partnern erarbeitet, unterstützt von der Europäischen Kommission.

FAHRRADFREUNDLICHE KOMMUNE 2010

Hannover ist "Fahrradfreundliche Kommune 2010". Dieses Ergebnis bestätigt den langjährigen und intensiven Einsatz der rot-grünen Ratskoalition für den Fahrradverkehr in Hannover. Ausschlaggebend für das gute Ergebnis waren rot-grüne Projekte wie insbesondere das Leitbild Radverkehr, die zweite Fahrradstation am Hauptbahnhof, der Wettbewerb Fahrradfreundlichster Betrieb sowie die über Jahre kontinuierliche Bereitstellung von Geldern für den Radwegeausbau. Ambitioniertes Ziel für Hannover gemäß Leitbild Radverkehr bis 2025: Steigerung des Radverkehrsanteils auf 25 % und Halbierung der Unfälle mit RadfahrerInnen. Es bleibt weiterhin viel zu tun!

MODELLVERSUCH ELEKTROANTRIEB

Rot-Grün beauftragt die Stadtverwaltung, zusammen mit den Stadtwerken Hannover, VW Nutzfahrzeuge und weiteren regionalen Anbietern einen Modellversuch für Elektromobilität mit Schwerpunkt Citylogistik zu entwickeln. Dabei sollen Elektromobile testweise in der Stadtverwaltung eingesetzt werden. Der Strom für die Fahrzeuge muss aus regenerativer Quelle stammen. Lokale und regionale Kompetenzen im Fahrzeugbau wie von WABCO, Conti und Varta sollen einbezogen werden. In Zeiten von Feinstaub, Stickoxiden, CO₂ und Straßenlärm ist der Einsatz von Elektrofahrzeugen ein Versuch wert. Denn trotz unserer Anstrengungen, die Mobilität über die Ausweitung von Fuß-, Rad- und Öffentlichem Verkehr umweltfreundlich zu gestalten, werden auch in Zukunft PKW und Nutzfahrzeuge zum Alltag gehören. Hierfür Elektroantriebe zu nutzen, kann vor allem beim städtischen Verkehr vorteilhaft sein: Sie emittieren bei der Fahrt keine Schadstoffe und kaum Lärm. Auch sind sie im Vergleich zu Verbrennungsmotoren besonders energieeffizient.

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

Das Konzert von U2 am 12. August war ein Erfolg. Endlich konnte das Stadion, das früher einmal Niedersachsen-Stadion hieß und heute den bekannten Kommerz-Namen erdulden muss, wieder in der 1. Liga der Konzertveranstaltungen mitspielen. Man freut sich nun auf Einnahmen aus künftigen Veranstaltungen, für die dieses Konzert zusammen mit dem AC/DC-Konzert auf dem Ex-Expo-Gelände den Weg geebnet hat. Also ein gutes Geschäft – auch für U2, deren innovative 360°-Tour an frühere Kommerz-Rekorde anknüpfen dürfte. Man stünde also sicher nicht allein mit der Einschätzung „Diese Band ist doch total abgehoben!“

Andererseits sind die Band-Mitglieder seit den ersten Jahren des Bestehens von U2 Ende der 70er politisch und sozial engagiert. Diese Band hatte immer schon etwas zu sagen und nutzt dazu auch ihre Konzerte. Deshalb waren auch bei diesem Konzert auf Wunsch der Band 23 Mitglieder von amnesty international (ai) wie ich mit einem Infostand und einer Aktion auf der Bühne dabei.

„ROMA, WAS IST DAS?“

Im Rahmen der aktuellen demanddignity.org-Kampagne sammelten wir Unterschriften für drei Petitionen, von denen sich eine gegen die Zwangsräumungen von Slums in Kenia, eine gegen den „Nomaden-Plan“ der italienischen Regierung gegen Roma sowie eine gegen Zwangsumsiedlungen von Roma in Rumänien richtete. Bei der persönlichen Ansprache der Fans stellte sich heraus, dass die Roma-Petitionen öfter auf Ablehnung stießen. Aufschluss über die Gründe dafür liefern einige Aussagen der Befragten, die von „Roma, was ist das?“ über „Ich lebe in Italien, das unterschreibe ich nicht.“ bis hin zu Unsäglichkeiten wie „Natürlich bin ich für Zwangsräumungen. Ich bin doch selbst Vermieter.“ reichten. Mit dem von uns zunächst bewusst vermiedenen Wort „Zigeuner“ konnte mancher dann endlich etwas anfangen und das Gesicht der Italienerin drückte eher Angst vor Repressalien als Unterstützung der Regierungspläne aus.

Auch Bündnis 90/Die Grünen haben bei ihrem Einsatz für Roma die niedersächsischen jüdischen Verbände, die sich mit den Roma als zweitgrößte Opfergruppe des

U2 IN HANNOVER

Menschenrechte für die Spaßgesellschaft.? – Stephan Beins, Mitglied im Regionsvorstand, berichtet von seiner Arbeit für Amnesty International auf einem Rockkonzert.



U2 SIND SEIT JAHRZEHNEN EIN BEISPIEL DAFÜR, DASS ROCKMUSIK UND POLITISCHE VERANTWORTUNG ZUSAMMEN PASSEN.

Nationalsozialismus solidarisiert haben, auf ihrer Seite. Diese Tatsache setzt die Landesregierung in der Debatte um die auf Hochtour laufenden Abschiebungen von Roma in den Kosovo und um das Bleiberecht besonders unter Druck. 5.000 Roma sind bundesweit konkret von Abschiebung bedroht.

ENGAGIERTER ROCK

Während des Konzerts machten mehrere Songs und Video-Einspielungen das Engagement der Band deutlich: u.a. „Sunday, Bloody Sunday“ zum Nordirlandkonflikt, eine Video-Botschaft von Bischof Tutu und der Song „New Year's Day“ über die polnische Solidarnosc-Bewegung. Bei dem Song „Walk-On“, der der langjährig inhaftierten Menschenrechtlerin Aung San Suu Kyi aus Birma/Myanmar gewidmet ist, setzten wir wie überdimensionale Kerzen aussehende Scheinwerfer auf die Bühne.

Manche Zeitgenossen lästern mittlerweile über das „Gutmenschengehabe“ von Bono, der sich mit seiner Organisation ONE gegenüber den Vereinten

Nationen für verstärkte Maßnahmen gegen AIDS einsetzt. Die Finanzkraft von ONE wird dadurch deutlich, dass ihre Aktivisten die Unterschriften für die Petition an die UN mit iPads sammeln, während ai mit kopierten Listen und Kugelschreibern unterwegs ist. Angesichts der Petitionsadressaten nimmt es aber nicht Wunder, dass Bono immer wieder Gespräche mit ranghohen PolitikerInnen führt oder während des Konzerts in Hannover „President Wulff and the First Lady“ begrüßt – was manchem Konzertbesucher aufgrund anderer politischer Präferenzen sauer aufgestoßen sein mag. Das ist eben die Art von Engagement, die U2 dank ihrer Prominenz auf dieser hohen Ebene möglich ist.

U2 UND DIE GRÜNEN

Gewisse Parallelen zu den Grünen sind dabei übrigens nicht von der Hand zu weisen. So wie U2 früher in den Musikregalen unter „Independent“ zu finden war und nun unter „Pop“ oder bestenfalls „Rock“ einsortiert wird, weil die Independent-Rubrik schon aus den Regalen verschwunden ist und sich zudem ihre Musik

gewandelt hat, ist auch die anfängliche Positionierung der späteren Grünen in der APO irgendwann der Einsicht gewichen, dass politische Ziele nur in den Parlamenten zu erreichen sind und man um den Kontakt mit dem damals so verabscheuten politischen Establishment nicht umhin kommt. Spätestens seit der Regierungsbeteiligung haben die Grünen nun ebenfalls damit zu kämpfen, das Gleichgewicht zwischen Utopien und revolutionären Ansätzen einerseits sowie Regierungsfähigkeit andererseits zu wahren.

„AM I BUGGING YOU?“

Leider warfen uns bei der Unterschriftensammlung manche Leute „Menschenfang“ vor, der bei einer solchen Veranstaltung nicht angebracht sei. Die Frage ist aber, was denn eine „solche Veranstaltung“ ist. Ist es eine reine Veranstaltung für die Spaßgesellschaft oder ist es ein Konzert mit Botschaften, die von einem anspruchsvollen und engagierten Publikum erwartet werden, weil es noch etwas vom Rock'n'Roll und seinem revolutionären Geist in sich trägt? U2 gelingt die Gratwanderung zwischen beiden Haltungen. Schon auf der Live-Scheibe „Rattle and Hum“ fragt Bono nach einem längeren kritischen Monolog über Apartheid in Südafrika rhetorisch ins Publikum: „Am I bugging you?“, um sofort einsichtsvoll anzufügen: „I don't mean to bug you! The Edge, play the blues...“.

Was bleibt also von der Revolution? Findet sie noch statt und erneuert sich in ihren Erscheinungsformen und Protagonisten oder ist sie zusammen mit letzteren gealtert, um schließlich ihren Geist auszuhauchen? Ich halte sie für quicklebendig in immer neuen Erscheinungsformen. Zwar altern die Rock'n'Roller erkennbar und sind inzwischen dank NDR 1 aus dem Rentnerinnen-Wohnzimmer der schwerhörigen älteren Dame unter mir zu hören. Aber es kommen auch neue „Revoluzzer“ mit neuen Ideen und neuer Musik auf die Bühne, die ich aus meinen Boxen schreien lasse – immer darauf bedacht, es mir mit den noch besser hörenden Nachbarn nicht zu verscherzen.

STEPHAN BEINS
beins@
gruene-hannover.de



DEBATTE ZUR THEATERFÖRDERUNG IN HANNOVER

"Große Enttäuschung eines 'alten' Grünen Theater- und Kulturmenschen!" - Ein Leserbrief von Harrie Müller-Rothgenger vom Theater in der List

Seit drei Jahren betreibe ich mit zwei Kollegen, Tim von Kietzell und Willi Schlüter, das freie Theater in der List. Ich dachte seit ca. 1980 immer, wir Grünen seien die Partei der "Kultur von unten" und der Freien Theater, auch neuer Freier Theater, auch des Experimentierens, des Suchens, besonders der neuen Kultur-Pflänzchen...

Pustekuchen! Die Einzigen, die das Theater in der List wirklich unterstützen sind Teile der SPD, Teile der CDU, Teile der FDP, vor allem aus der List, aber auch aus dem Bundestag. Aus meiner geliebten Partei, in der ich immer

mit Überzeugung mitarbeite und die ich seit ca. 26 Jahren als aktives Mitglied unterstütze (einst auch als Vorstandssprecher in Hannover), unterstützt einzig und alleine die grüne Fraktion im Bezirksrat Vahrenwald/List und als "Einzelkämpfer" in der Kultur-AG Heinrich von Sydow unser Theater (Danke, Heinrich!).

Sonst halten sich meist alle taktisch bedeckt, folgen – so weit zu sehen – blind und unkritisch dem Theaterbeirat, verhalten sich zum Teil ablehnend. Unser Fraktionsvorsitzender im Rat und Vorsitzender des Kulturausschusses, Lothar Schlieckau, deutet an, windet sich und raus kommt: nix für das Theater, eher Nackenschläge.

Schülerinnen und Schüler, die im Landtag bei der grünen Fraktion hospitieren wollen, werden

von meinen grünen Freunden und Freundinnen abgewiesen. SPD und "Linke" verhalten sich vorbildlich und nehmen viele Schülerinnen und Schüler als HospitantInnen, betreuen, sind nett und kooperativ. – Was ist mit meiner Partei in der Kultur los?

Man und frau kann für das Theater in der List Stuhlpatenschaften als Zeichen der Unterstützung erwerben. Kein einziger Grüner und auch keine einzige Grüne hat das bisher gemacht. Aber einige aus den anderen demokratischen Parteien! Die mit uns sehr solidarische SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Tack veranstaltet sogar eine Benefiz-Gala für das Theater, mit Erwin Schütterle und Dietmar Althoff!

Ich könnte heulen: Warum kann niemand aus meiner Partei so etwas? Warum mietet die SPD

unser Theater als Veranstaltungsort, aber nie die Grünen?

Um das klar zu stellen: Ich fordere keine Sonderbehandlung! Nur die gleichen Chancen für ein neues Freies Theater, wie sie alle anderen schon lange arbeitenden, vergleichbaren Freien Theater mit eigenen Spielstätten in Hannover haben, wie zum Beispiel das Klecks-Theater, Commedia Futura, Theater an der Glocksee, und fensterzurstadt. Die fordere ich.

Schämt Euch, manche liebe grüne Freunde und Freundinnen im Bereich der Kulturpolitik, die nur Etabliertes weiter fördern!

Mit herzlich-enttäuschten grünen Grüßen

HARRIE MÜLLER-ROTHGENDER
mueller-rothgenger
@web.de



"Antwort eines ebenfalls 'alten' grünen Kulturmenschen! - Theaterförderung in Hannover, ein ewig junger (alter) Streit!" - Von Lothar Schlieckau, Fraktionsvorsitzender und kulturpolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion

Vor dem Hintergrund eines urgrünen Verständnisses von Demokratie, als kulturpolitischer Sprecher der Ratsfraktion und Vorsitzender des Kulturausschusses möchte ich gerne auf Harrie Müller-Rothgengers Enttäuschung über die Ablehnung des Förderungsantrages für das Theater in der List durch den Theaterbeirat und die nachfolgenden politischen Entscheidungen reagieren.

Als das Fördermodell für die Freien Theater in Hannover 1994 eingeführt wurde, galt dies als Meilenstein in der Geschichte der Freien Theater auch über Hannover hinaus. Für die Freien Theater ist besonders erfreulich, dass sie seither ein „Recht“ auf Förderung haben, die Kommune verpflichtet sich wiederum, die Freien Theater mit einer festgesetzten Summe über einen festgelegten Zeitraum zu fördern. Politisch ist besonders hervorzuheben, dass mit dem Theaterbeirat ein unabhängiges

Sachverständigengremium eingesetzt wurde, deren Mitglieder von den Theatern selbst vorgeschlagen und vom Rat ernannt wurden. Politische Fraktionen maßen sich an dieser Stelle nicht mehr an, „fachmännisch“ festzustellen, welche Theater „besonders“ förderungswürdig sind.

Demokratie erscheint an dieser Stelle allerdings dann jedes Mal schwierig, wenn die Theaterbeiratsempfehlungen erscheinen. Plötzlich ist es schon wichtig, zu welcher Partei man gehört oder sich zuordnet. Egal ob aktiv oder nicht, man strapaziert dann auch gerne die lange Zugehörigkeit, so wie Harrie in seinem Brief nicht versäumt, seine langjährige grüne Mitgliedschaft zu erwähnen.

Die Grüne Kultur-AG hat sehr wohl 2009 eine ihrer Sitzungen im Theater in der List durchgeführt und sich von Harrie durch die neue Spielstätte führen lassen. Aus unserer Sicht hat das Theater in der List durchaus das Potenzial in die Förderung aufgenommen zu werden – nun sitzt aber kein grünes Ratsmitglied im Theaterbeirat und das ist (grün-)demokratisch verstanden auch gut so.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass im Rat der Stadt

Hannover alle Fraktionen den Empfehlungen des Theaterbeirates für 2010 zustimmten und somit die Vorschläge des Theaterbeirates bestätigten. Dabei sind auch andere Theater (nicht nur das Theater in der List) nicht berücksichtigt worden.

Subjektivität und Objektivität prallen hier aufeinander. Insbesondere wenn es um die Beurteilung der Kreativität der Freien Theater und der Förderung von Etablierten geht, die Harrie wittert. Sieht man jedoch richtig in die Empfehlungen hinein, stellt man fest, dass diese Wertung objektiv hinkt, sowohl für 2010 als auch für die Vorjahre:

Es gibt durchaus Neues, wie z.B. das Tanztheater Felix Landerer & Company in der Grundförderung und die Kulturfiliale in der Produktionsförderung für das Projekt „Was der Mond aufgeht. Wie ein blutig Eisen“, welches Anfang September das Bornumer Holz zur Bühne machen wird. Wer ist objektiv genug, dass er aus der Sicht aller Beteiligten die richtigen und förderungswürdigen Theater wählt?

Es gibt allerdings ein Theater in Hannover, das außerhalb der Theaterförderung eine vergleichsweise hohe städtische Förderung

(für ein bereits produziertes Stück) in Höhe von 12.000 Euro in 2010 erhalten hat: Das Theater in der List. Wer dies mit ermöglichte sei an dieser Stelle der politischen Schlussfolgerung anheim gestellt.

Subjektiv betrachtet könnten sich jetzt auch die anderen Theater, deren Produktionsanträge bzw. Grundförderungsanträge abgelehnt wurden, wie z.B. die Gruppe Sanch'n`brink-productions, darauf berufen und eine außerplanmäßige Förderung einfordern. Objektiv gesehen können aber neue Anträge zu jedem neuen Förderzeitraum (z.B. 2011) gestellt werden.

Dies gilt auch für das Theater in der List. Dann den Zuschlag für eine Förderung zu bekommen ist nicht ausgeschlossen, liegt aber nach dem derzeitigen, mit allen freien Theatern selbst abgestimmten demokratischen Meinungsbildungsprozess, an der Überzeugungskraft der eingereichten Produktionsanträge.

Mit grün-solidarischen Kulturgrüßen

LOTHAR SCHLIECKAU
Lothar.Schlieckau@
hannover-rat.de



T E R M I N E

20.09. AG Soziales. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	17:30	28.09. AG Sport. Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:30	27.10. AG Umwelt & Energie. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00	16.11. AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00
20.09. Zeit für einen Grünen Sanierungsplan. Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Sven-Christian Kindler (MdB). Bei Petra K., Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	19:30	29.09. AG Umwelt & Energie. Rathaus, Raum Leipzig	17:00	29.10. Verkehrspolitischer Workshop 11-16 zur Vorbereitung des Wahlprogramms. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	15:00	17.11. AG Schule. Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:00
21.09. AG Kinder & Jugend & AG Schule. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00	29.09. AG Wirtschaft & Finanzen. Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:00	01.11. AG Bauen, Wohnen, Verkehr. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00	18.11. Besuch Mütterzentrum / Mehrgenerationenhaus e.V.. In der Reihe „Besondere Orte - Besondere Besuche“. Querstr. 22	16:00
23.09. Gegen Massentierhaltung und Massenschlachtung! Diskussion mit Rebecca Harms. Celle, Scheune Bauernhof Lehmann, Hollenkamp 40	20:00	04.10. AG Bauen, Wohnen, Verkehr. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00	02.11. AG Sport. Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:30	19.11. Besuch der Iranischen Bibliothek. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Treffpunkt: Faust, Zinserhalle	16:00
23.09. Regionspartei. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	19:00	06.10. AG Frauen	18:00	04.11. Mitgliederversammlung des Regionsverbands zur Wahl der BDK-Jahresdelegierten	19:00	19.-21.11. BDK in Freiburg	
25.09. Grüne Radtour zum Thema Hochwasserschutz der Hemminger Grünen. Treffpunkt: Rathausplatz Hemmingen.	14:00	07.10. Ortsverbändetreffen zur Wahlkampfplanung. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG.	19:00	08.11. AG Soziales. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00	24.11. Besuch der Islamischen Gemeinschaft der Jama'at-un Nur e.V. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Dieckbornstr. 11, Hannover-Linden	17:00
28.09. Besuch im Museum für Friedhofskultur. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Stadtfriedhof Seelhorst.	17:00	08.10. Radtour rund um den Benther Berg. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Treffpunkt: Faust-Biergarten	16:00	10.11. AG Frauen	18:00	26.11. Antifaschistischer Stadtrundgang in Linden. In der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Start am Faust-Gelände	15:00
		16.10. Informationsveranstaltung und Aktionstraining zum Castor. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	13:00	15.11. AG Kultur. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00	29.11. AG Bauen, Wohnen, Verkehr. Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00
		26.10. AG Organisation & Personal. Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	14:00	16.11. AG Organisation & Personal. Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	14:00		
		26.10. AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00				

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Brigitte Deyda, Hans-Jürgen Pein, Angela Schwarzer-Riemer, Ulrich Schmiersow, Enno Hagenah, Maaret Westphely, Katja Sauer, Brigitte Pothmer, Daniela Gauhausen, Heidi Linder, Christian Kaulus, Korbinian Deuchler, Ulrike Witte, Ingrid Lange, Ingrid Wagemann, Stephan Beins, Sven-Christian Kindler, Marcus Blumtritt, Michael Dette, Dietmar Beck, Dirk Musfeldt, Michèle Kahl, Silke Stokar, Günter Wulfert, Harrie Müller-Rothgenger, Lothar Schlieckau, Gabi Bartoszak, Torsten Fiebig, Carolin Jaekel, Jan Haude, Norman Seibert, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Dezember 2010.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10



DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

WIR STELLEN UNS QUER!

Der Grüne Stadverband Hannover lädt ein zum Vorbereitungs- und Aktionstraining zum Castor 2010.

Samstag, 16. Oktober im Grünen Zentrum von 13 bis 18 Uhr.



MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.